

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonat 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 5.

Sonnabend, den 2. Februar 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Wolfshagen-Langelsheim a. S.: Die Brüche Eichenberg und Westerberg. Firma Strube. Essen: Marmorbetrieb von Könen und Comp. Sena: Granitbetrieb, Conradus. Lutter a. B.: Garzer Sandsteinbrüche. Oldenburg: Firma Högl (für Marmor Schleifer). Blankenburg a. S.: Die Brüche des Unternehmers Schönfeldt.

Erfurt: Platz Metzel streiken 6 Steinmetzen.

Die geschlagene Wahlschlacht.

Die Reichstagswahlen vom 25. Januar haben der Sozialdemokratie zweifellos eine Schlappe gebracht, die besonders im Hinblick der Mandate nicht unbedeutend ist, die aber keineswegs zu düsteren Schlüssen auf die Zukunft berechtigt. Dürfte doch die Partei die Stimmenzahl im Reich im großen und ganzen behalten haben. Und das ist für uns die Hauptfrage. Selbst ein unbedeutender Stimmenrückgang insgesamt würde infolge der besonders schwierigen Umstände, unter denen sich die diesmaligen Wahlen vollzogen, dem Fortschritt unserer gerechten Sache keinen Eintrag tun, da sich große Volksbewegungen im Wechsel vorgehend und rückläufiger Kurven zu vollziehen pflegen und bei dem Messen der Kräfte außerordentliche Umstände, wie solche z. B. dieses Mal infolge der Auflösung des Reichstags, der kurzen Zeit für Wahlpropaganda, des starken Regierungsdruckes von oben und ganz besonders der Skrupellosigkeit des Wahlkampfes von Seiten der bürgerlichen Parteien wie der Regierung zu beobachten waren — eine große Rolle spielen. Ein bemerkenswertes Moment der diesmaligen Wahlen ist der Verlust der zahlreichen Mitläufer der Sozialdemokratie, die 1903 für diese gestimmt haben.

Ihr Abfall ist dem unerhörten Wahlwindel bezüglich der deutschen Kolonien, den vor und bei den Wahlen die bürgerlichen Parteien getrieben haben, und der von der Regierung direkt unterstützt worden ist, geschuldet. Weit bedeutender noch sind die durch den Kolonien-Schwindel und den Druck von oben an die Wahlurnen gebrachten Nichtwählerscharen, die bei gewöhnlichem Lauf der Dinge zu Hause zu bleiben pflegen.

Auch die Regierungen haben es an Aufforderungen an die Beamten, an Freigabe der Wahlzeiten für diese und die Arbeiter dieses Mal nicht fehlen lassen, und so hat bei der Wahl am 25. Januar auch die vom Reich von Einzelstaaten und Kommunen gegen die Sozialdemokratie aufgeführte bedeutende Beamtenarmee, das Zivilheer der organisierten Staatsgewalt, im Kampf gegen die Proletarier gestanden. Die erlittene Niederlage gegen die vereinigten Bourgeois, die philisterhaften Kleinbürger und die Beamtencharakter kann uns also nicht befremden, wenn man erwägt, daß durchschnittlich bei der diesmaligen Stimmabgabe zu 90 Prozent gewählt worden ist.

So ist der Simson Proletariat wohl geschlagen, nicht aber besiegt worden.

Wir müßten lügen, wenn wir nicht vielmehr ein weiteres starkes Anwachsen unserer Stimmen und etlicher Mandate erwartet hätten. Jawohl, wir haben es erwartet, weil wir die goldenen Worte des Astronomen Enke vergessenen hatten: „Wenn Sie die Dummheit des Publikums um 19 Prozent niedriger einschätzen, als es äußerlich den Anschein hat, dann kommen Sie etwa auf den Durchschnitt!“ Auch wir haben hinsichtlich des künstlich bis zur Raserei entfachten Kampfes um „Deutschland in Afrika“ die Höhe des deutschen Wählerpublikums überschätzt, wir nahmen an, daß sich die unsinnigen Einschüchterungspraktiken und Wählerbogenschereien der 1887er Gurrwahl nicht nochmals bewähren würden. Aber sie haben noch einmal gezogen, wir haben uns getäuscht: der deutsche Philister hat in 20 Jahren nichts gelernt, doch alles wieder vergessen, was ihm an Unbill widerfahren ist.

Nach den offiziellen Angaben stellt sich das Wahlergebnis am 25. Januar folgendermaßen:

	gewählt	an Stichwahlen beteiligt
Sozialdemokraten	29	92
Zentrum	89	31
Freisinnige Vereinigung	1	12
Freisinnige Volkspartei	6	27
Nationalliberale	20	58
Konservative	41	29
Reichspartei	10	19
Polen	18	5
Deutsche Volkspartei	2	11
Reformpartei (Antisemiten)	3	3
Wirtschaftliche Vereinigung	4	12
Bund der Landwirte	2	8
Mittelstandsparteiler	1	2
Dänen	1	1
Gläser und Fraktionslose	10	7
Welfen	—	4

Die Sozialdemokratie ist also bei den Stichwahlen, die bis zum 5. Februar sämtlich vollzogen sein dürften, nur in 92 Kreisen, gegen 117 bei der Zunitwahl 1903 beteiligt, und es ist möglich, daß der Partei davon noch zwei Drittel verloren gehen. Zweifellos ein beträchtlicher Verlust, den die Partei aber zu tragen wissen wird. Dieser Ausgang beweist jedoch, daß es sich bei der Auflösung des Reichstags nur nebensächlich um das Zurückwerfen des Zentrums, welches ziemlich in der früheren Stärke zurückkehren wird —, sondern vielmehr um die Eliminierung der Sozialdemokraten gehandelt hat, wie denn auch der Verlauf des Kampfes auf der ganzen Linie diesen Schluß rechtfertigt. Das Zentrum sollte bloß eingeschüchert, die Sozialdemokratie sollte möglichst vernichtet werden. Dies war schon aus Bülows Silbesterbrief an Herrn v. Liebert, mehr aber noch aus seiner Wahlrede in Berlin zu entnehmen. Daß der Reichskanzler damit nur einen bescheidenen Erfolg erzielt hat, wird er wohl jetzt schon einsehen. Die Massen, wir wiederholen dies, stehen unvermindert hinter der Sozialdemokratie; die Massen hat der Schwindelausverkauf mit Kaffee, Pfeffer, Reis, Tabak, Gummi und Kupfer aus den deutschen Kolonien nicht gelockt, sie haben sich vom Gottentottengeschehen der politischen Marktgeranten nicht imponieren lassen. Und so besteht denn die sichere Aussicht, daß beim Zusammenbrechen des Kartellhausschwindsels mit den künftigen Erträgen der Kolonien, der bald genug erfolgen wird, die Mitläufer und aufgeschreckten Wahlschulen vom 25. Januar ihre Belehrung erhalten, besonders wenn im neuen Reichstag die Millionenbewilligungen für die Sandwüsten und wasserarmen Kolonien nur so fliegen und neue Flottenrüstungen die Reichsschuld in wenigen Jahren von 4 Milliarden auf 6 Milliarden bringen werden. Dann wird es eben wieder einmal anders kommen und die Wahlurnen bewegen sich beschleunigt nach vorwärts.

Diese nüchternere Betrachtung muß sich jedem aufdrängen, der den politischen Weltzustand zur Gewinnung unreifer Wählermassen in den letzten Wochen mit angesehen hat. Epidemisch verbreitete sich im Bürgertum, welches vor 3½ Jahren noch entriestet über die künftige Lebensmittelverteuerung durch die neuen Zölle schimpfte, so daß es teilweise „rot“ wählen ging, — die Vorstellung, daß nimmehre Ost- und Südwestafrika, Togo und andere Schutzgebiete die Kornkammern und sonstigen Stützpunkte für die deutsche Industrie und den deutschen Export werden würden; die Spießer waren geradezu hypnotisiert und unter dem starken Regierungsdruck von oben vollzog sich jene Wahl vom 25. Januar, die dem deutschen Volke des Unheils wahrlich genug bringen wird.

Die Schlacht ist verloren! Wir klagen nicht darüber, wir geraten auch nicht in Empörung. Kühl sehen wir den Tatsachen ins Auge. Wir sind geschlagen, nicht weil wir es haben an Mut und Ausdauer und Opferfreudigkeit fehlen lassen, sondern weil unsere Gegner zum Bewußtsein ihrer Macht erwacht sind. Der Kampf, den die Sozialdemokraten zu führen haben, wird eben immer mehr aus einem Kampfe der Parteien ein Kampf der Massen. Immer mehr kommt die bürgerliche Gesellschaft zu der Erkenntnis, daß ihre Klasseninteressen den Arbeitern gegenüber stärker sind als die trennenden Parteiunterschiede. So nur konnte es kommen, daß jene große Zahl der Unzufriedenen, die bisher durch die Abgabe eines roten Stimmzettels ihrer Unzufriedenheit Ausdruck gaben, nimmehre Mann für Mann mit den Nachlässigen und Gleichgültigen bereint an die Urne sich schleppen ließen, um „national“ zu wählen.

Die bürgerlichen Parteien haben sich im verflochtenen Wahlkampf direkt „prostituiert“. In dem einen Breslauer Wahlkreise gingen Konservative, Nationalliberale und „angebliche“ Freisinnige für einen konservativen Kandidaten zusammen; in dem andern Breslauer Kreise siegte der freisinnige Kandidat gegen den Sozialdemokraten mit Hilfe des reaktionären Parteiführers. Die Programme der bürgerlichen Parteien wurden in dem geschlagenen Wahlkampf in so vielen Wahlkreisen um Mandate verschachert.

Nur die Sozialdemokratie verlor im ersten Rennen 20 Mandate, gewiß ein schmerzlicher Verlust; aber das Proletariat schöpft auch aus Niederlagen wieder neue Siegeszuversicht, die Sozialdemokratie muß sich eben ihre Position Schritt für Schritt im schweren Kampfe erobern. Und daß sie da öfters von den vereinigten Gegnern sehr oft hart bedrängt wurde und noch weiter schwer bedrängt wird, bedarf wohl nur der Andeutung.

Die Sozialdemokratie hat mit gewohntem Elan den Wahlkampf geführt und wir können ruhig sagen, auch unsere Verbandsmitglieder haben sich überall mit gewohnter Opferfreudigkeit der Partei zur Verfügung gestellt. Wir konstatieren diese Tatsache mit Genugtuung und fügen hinzu, daß die Verbandsmitglieder auch dort noch, wo Stichwahlen auszufechten sind, ihren Mann stellen möchten.

Die Leipziger Volkszeitung über den Wahlausfall.

Sie schreibt: „Trotz alledem können wir aber nur wiederholen, daß nicht der geringste Grund vorliegt, die Triumphgefänge des Ordnungsbreies mit sozialdemokratischen Mangeliedern zu begleiten. Was für bürgerliche Parteien eine schwere Niederlage sein mag, das ist für uns nur eine historische Erfahrung. Unser Ziel ist unwandelbar wie der Polarstern; die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei, aber zu diesem Ziele führen viele Wege, und so unbeweglich unser Prinzip ist, so beweglich ist unsere Taktik. Das allgemeine Stimmrecht ist für uns nicht das, sondern nur ein Werkzeug, um unsern Sieg vorzubereiten, und wenn es uns nach den großen Forderungen, die wir ihm verdanken, auch einmal die Muden zeigt, die jedes Recht innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft aus sich entwickelt, so wollen wir ihm für die heilsame Lehre sehr dankbar sein. Sicherlich ist sie bitter für die unzähligen Genossen, die in den letzten Wochen mit der Erschöpfung ihrer letzten Kraft gearbeitet haben, ohne Anspruch auf Dank und Lohn, allein getrieben von der uneigennütigen Begeisterung für unsere große Sache, und die sich nunmehr in so vielen Wahlkreisen hart enttäuscht sehen. Allein ihre Anstrengungen werden deshalb nicht ohne Frucht bleiben: eine so eindringliche Erinnerung daran, daß es für die Arbeiterklasse auch noch andre wirksame und selbst wirksamere Gebiete des Kampfes gibt, als es das Gebiet des bürgerlichen Parlamentarismus ist, kam schwerlich ganz zur unrichtigen Zeit.“

Die Partei hat nach den blendenden Erfolgen des 16. Juni keinen Augenblick vergessen, wie wichtig der Ausbau ihrer Organisation und ihrer Presse ist, aber sie war noch nicht damit fertig, als die Firma Bülow-Dernburg das politische Abenteuer versuchte, das ihr ja anscheinend geglückt ist. Es ist nunmehr unsere Aufgabe, unsere Kräfte um so fester zu organisieren und unsere Prinzipien um so rückwärtsloser zu vertreten. Die „Mitläufer“ und „Nichtwähler“ mit schmeichelnder Rede zu überzeugen, wie tief sie in den Sumpf getappt sind, hätte nicht den geringsten Sinn; deren Erziehung zur Vernunft kann getrost denen überlassen bleiben, in deren Hände sie sich in ihres Sinnes Torheit befohlen haben.

An unserm Teil möchten wir an eine historische Tatsache erinnern, an die Faschingswahlen, die vor gerade zwanzig Jahren stattfanden. In ihnen triumphierte der „nationale Gedanke“ noch ganz anders, als diesmal, und drei Jahre darauf lag der Urheber des greulichen Sumbuchs am Boden, moralisch und politisch zerfurcht durch die, gegen die er den Landsturm der Philister aufgebieten hatte.“

Stichwahlparole.

Für die kommenden Stichwahlen hat der Parteivorstand folgende Parole ausgegeben:

Vor allem handelt es sich darum, bei für uns aussichtslosen Stichwahlen alles aufzubieten, um durch Heranziehung unsrer Referenten und durch Aufwendung stärkster Agitation den Sieg zu erringen.

Alle Kräfte müssen aufgebieten werden, um in diesen Kreisen die eroberten Sitze im Reichstage zu vermehren! Bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien empfehlen wir, nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

Unter keinen Umständen dürfen Konservative, Reichspartei, Bund der Landwirte, Antisemiten und Nationalliberale eine sozialdemokratische Stimme bei den Stichwahlen erhalten.

Für die andern Parteien empfehlen wir folgende Stellungnahme unsrer Genossen:

Voraussetzung für die Unterstützung einer dieser Parteien bei den Stichwahlen muß die Verpflichtung des Kandidaten sein, daß er

1. gegen jede Verschlechterung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts stimmen wird;
2. daß er jeden Versuch, das Koalitionsrecht einzuschränken, unbedingt zurückweisen wird;
3. daß er sich gegen jedes wie immer geartete Ausnahmengesetz erklären wird.

Nachdem diese Erklärungen abgegeben sind, empfehlen wir den Kreiswahlkomitees, die Entscheidung, ob ein solcher Gegner bei der Stichwahl sozialdemokratische Unterstützung finden soll, unter der Würdigung der Persönlichkeit des Gegners zu treffen. Unter keinen Umständen aber darf einem Kandidaten eine sozialdemokratische Stimme zufallen, der die aufgestellten Bedingungen nicht akzeptiert.

Parteigenossen! Das Interesse der Partei erfordert bei der gegenwärtigen Wahlsituation die strikte Innehaltung dieser Stichwahlparole.

Vorwärts zum energischen Kampf und Sieg in den Kreisen, in denen wir uns noch einmal mit den Gegnern zu messen haben. Mit Anspannung aller Kräfte wird es gelingen, noch in vielen Kreisen die Gegner niederzuringen.

Die Leistungen der öffentlichen Arbeitsnachweise.

Die Leistungen der öffentlichen Arbeitsnachweise werden in der Denkschrift des Kaiserlichen Statistischen Amtes über die Einrichtungen zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit in interessanter Weise zusammengestellt. Es bestanden danach im Jahre 1904, abgesehen von den Anstalten mit Wohltätigkeitscharakter und den Einrichtungen der Kriegervereine, 3961 Arbeitsnachweise, die insgesamt rund 1.239.000 Stellen vermittelten. Sie verteilten sich auf die einzelnen Arten von Arbeitsnachweisen in runden Zahlen wie folgt:

	Zahl der Nachweise	Zahl der Vermittelungen	Durchschn. Vermittelungen pro Nachweis
Öffentl. allgemeiner Arbeitsnachweis	400	550000	1375
Arbeitgeber-Arbeitsnachweis	30	230000	7666
Zunungsnachweis	2400	218000	88
Arbeitnehmer-Arbeitsnachweis	1000	120000	120
Paritätischer Fach-Arbeitsnachweis	60	51000	850
Arbeitsnachweis der Landwirtschaftl. Kaufmännischer Arbeitsnachweis	11	50000	4545
	60	25000	416

Nach dem Durchschnitt der erzielten Vermittlungen stehen weitaus an der Spitze die großen industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitgeber-Arbeitsnachweise — weitaus am Ende die gewerkschaftlichen und die Zunungsnachweise. Bei diesen letzteren beiden handelt es sich eben ganz überwiegend um rein örtliche Einrichtungen für einzelne Berufsgruppen, die zumeist auch nicht sehr forciert, oft nur nebenher betrieben werden, während von den im großen Maße und mit Hilfe sachmännlicher Kräfte geleiteten Anstalten der industriellen Großunternehmer und der Landwirtschaftskammern die Regelung des Arbeitsnachweises als Sache von größter Wichtigkeit behandelt wird. Handelt es sich für letztere darum, ihrer „Leutenot“ statt durch menschenwürdige Arbeitsverhältnisse, durch Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte abzuwehren, für erstere aber um Bekämpfung der gewerkschaftlichen Organisation durch Maßregelung der „Geher“. In der Mitte stehen die öffentlichen, die paritätischen Fach- und die kaufmännischen Vereinsnachweise. Die Durchschnittszahl der Vermittlungen durch die öffentlichen Arbeitsnachweise wird freilich durch eine nicht geringe Zahl kaum funktionierender Gemeindegemeinschaften stark heruntergedrückt. Tatsächlich gehören zu dieser Gruppe die weitaus größten Nachweise. So hatte der Zentralverein für Arbeitsnachweise in Berlin im Jahre 1904 insgesamt rund 67.000, im Jahre 1905 sogar 92.200, der Kölner Arbeitsnachweis 30.500, der Münchner 49.500, der Stuttgarter 41.200, und der in Frankfurt a. M. 37.900 besetzte Stellen im Jahre 1905 aufzuweisen. Im Verhältnis zur Größe ihrer Städte stehen also diese jüdischen kommunalen Arbeitsämter weitaus an der Spitze. Ist doch auch von Frankfurt a. M. und Stuttgart die Bewegung für die paritätisch geleiteten Gemeindegemeinschaften ausgegangen, die auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress 1899 auch die Billigung der Vertreter der organisierten Arbeiterschaft gefunden hat.

Namentlich in Süd- und Westdeutschland finden wir auch die Zentralisation des Arbeitsnachweises oder doch den Zusammenschluß der Anstalten bestimmter Gebiete stark entwickelt. So berichtet der Vorstand bayrischer Arbeitsnachweise über 105.700 besetzte Stellen, von denen 38.900, also über ein Drittel, weiblichen Personen zugewiesen worden sind. Auch Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen haben Landesverbände, während der Verband für das Rhein-Main-Gebiet eine Reihe heftiger und hesseno-saualischer Anstalten, mit Frankfurt a. M. an der Spitze, umfaßt. Ganzlich rückständig ist der Arbeitsnachweis im Königreich Sachsen, wo nur eine öffentliche Anstalt in Chemnitz vorhanden ist und eine (in Leipzig) aus öffentlichen Mitteln unterstützt wird.

Im ganzen sehen wir, wie neben den Arbeitgeber-Arbeitsnachweisen, deren ausschließlichen Kampfscharakter zu brechen eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaften ist, namentlich die paritätischen Arbeitsnachweise sich kräftig entwickeln. Und hier steht der kommunale, an das Gewerbeamt angegliederte Nachweis nach Organisation und sozialer Bedeutung an der Spitze. Mag auch die früher (so noch 1896 vom Gewerkschaftskongress) aufgestellte Forderung, daß der Arbeitsnachweis in die Hände der Arbeiter gehöre, grundsätzlich gerechtfertigt sein, so hat doch die Erfahrung gelehrt, daß in den meisten Fällen die Benutzung des Arbeitsnachweises der Gewerkschaften den Unternehmern nicht aufgezwungen werden kann und daß kraftvollen Arbeiterorganisationen auch andre wirksamere Kampfmittel offen stehen. Gegenüber den als Mittel zur Maßregelung und als ein Anhang zur schwarzen Liste mißbrauchten Nachweisen der Arbeitgeber, ebenso wie gegenüber der schmachvollen Ausbeutung der Arbeitssuchenden durch den privaten Stellenwucher ist der sozialpolitisch ausgearbeitete und von den Vertrauensleuten beider Teile geleitete Arbeitsnachweis der Gemeinde zweifellos ein gewaltiger Fortschritt, dessen allgemeine Einführung energisch zu erstreben ist.

Nachfolgen vom Steinarbeiterstreik in Würzburg und Umgebung.

Am 22., 23. und 24. Januar wurden die Kollegen Sebast. Sauer von Würzburg, Johann Frank, Peter Grieb, Peter Demant von Gohmannsdorf, Karl Müller von Randersacker, Kaspar Henkelmann, Andr. Schmitt, Karl Sauer, Johann Sauer von Eibelsstadt, Gallus Röder von Seidingsfeld und endlich Franz Wallrapp von Ochsenfurt wegen Verbrechen und Vergehens des Landfriedensbruchs vor dem Schwurgericht Würzburg verhandelt.

Anfänglich waren 52 unfre Kollegen angeklagt, wovon aber alle bis auf obengenannte vor der Verhandlung außer Verfolgung gesetzt wurden. Nicht weniger als 52 Zeugen waren zur Belastung der Angeklagten geladen. Die Verteidigung für sämtliche Angeklagte war Herr Rechtsanwalt Meißner von Würzburg übergeben. — Seb. Sauer soll der „Häufelshörer“ sein. Er war Streikleiter und kontrollierte am 20. August die Streikposten am Würzburger Bahnhof, wobei er beobachtete, daß der Geschäftsführer Tischner der Main-Sandsteinwerke eine Anzahl Streikbrecher nach Gohmannsdorf transportieren wollte. Er bestieg ebenfalls den Zug und wollte unterwegs die Leute überreden, ihren Kollegen doch nicht in den Rücken zu fallen, er wurde aber von den durch den Geschäftsführer

aufgestachelten Arbeitswilligen mit höhnischen Redensarten abgefertigt. Mit dem äußerst progig auftretenden Tischner, demselben Herrn, der im Vorjahre auf seinem Werkplatz den verheirateten Steinmehnen Wiener geohrfeigt hat, weil er Verbandsgegner einfaszierte, der sich nicht scheute, gegen mehrere Arbeiter tödlich vorzugehen, geriet er in heftigen Wortwechsel. Er begab sich dann per Rad in verschiedene Ortschaften, um die Streikenden von der Ankunft der Streikbrecher zu unterrichten und sie aufzufordern, sie möchten nach Gohmannsdorf kommen, um die Streikposten zu stehen und sich eventuell an einer Demonstration zu beteiligen. Abends waren 60 bis 70 Mann vor dem Bruch versammelt. Als die Arbeitswilligen herauskamen, wurde wiederum versucht, sie zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen, aber sie antworteten darauf nur mit höhnischen Redensarten, z. B.: „Arbeitet auch ihr Faulenzer!“ „Was gehen uns eure Weiber und Kinder an!“ usw. usw.

Nicht zu vergessen ist, daß diese Worte von fast ausschließlich jungen Burschen fielen und unsern verheirateten Kollegen nach 16wöchigem Kampfe entgegengeschleudert wurden und dadurch den tiefsten Haß und die darauf folgende Schlägerei hervorriefen.

Am 20. August, noch am selben Abend, wurde Kollege Frank, am 25. September Kollege Sauer und Henkelmann und drei Wochen vor der Verhandlung Kollege Franz Wallrapp von Ochsenfurt verhaftet und blieben bis zur Verhandlung in Untersuchungshaft.

Am dritten Verhandlungstage, nach zirka einstündiger Beratung der Geschworenen, wurde die Frage des Landfriedensbruchs bejaht; die Frage, ob Sauer als „Häufelshörer“ tätig war, wurde verneint und sämtlichen Angeklagten mildere Umstände zugesprochen.

Der Staatsanwalt beantragte hierauf eine Gesamtstrafe von 91 Monaten Gefängnis.

Das Urteil des Gerichtshofs lautete außer der Aufbüdung sämtlicher Kosten auf insgesamt 61 Monate Gefängnis:

Kollege Sebast. Sauer	1 Jahr Gefängnis
Kaspar Henkelmann	9 Monate
Peter Demant	9 „
Gallus Röder	9 „
Johann Frank	5 „
Peter Grieb	5 „
Karl Müller	3 „
Andr. Schmitt	3 „
Karl Sauer	3 „
Johann Sauer	3 „
Franz Wallrapp	wurde freigesprochen.

Die Untersuchungshaft wurde bei allen vier in Untersuchung sitzenden Kollegen angerechnet und Frank und Wallrapp sofort auf freien Fuß gesetzt.

Sechs von den beurteilten Kollegen sind verheiratet; Karl Müller 66 Jahre alt, verwitwet. Die Verheirateten haben alle ein kleines Vermögen, was durch Aufbüdung der Kosten verloren sein dürfte, wenn ihnen durch Partei und Gewerkschaft nicht eine Unterstützung zuteil wird.

Die Namen der Streikbrecher sind: Adam Scheider von Gohmannsdorf, Georg Deselein, Georg Sauer, Adam Schierling von Neu-Schleichach, Georg Wöhlhart, Hermann Kottmann von Ober-Schleichach, Andreas Diez, Konrad Guttenger, Karl Rünker, Friedrich Behüt und Georg Straub von Eltmann.

Korrespondenzen.

Erfurt. Am 28. Januar fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche sich eingehend mit der Arbeitsniederlegung bei der Firma C. A. Merzel beschäftigte. Ursache dazu war, daß den dort Beschäftigten zugemutet wurde, Kaffee für einen Preis zu verarbeiten, wobei es nicht möglich ist, den bestehenden Minimallohn zu verdienen. Am 19. Januar legten sämtliche Kollegen die Arbeit nieder. Im Ausstand befinden sich noch sechs Kollegen; die übrigen sind abgewest. Den Zurückbleibenden wird es zur Pflicht gemacht, sich zuerst beim Kollegen Korh, Radowitschstraße 40, zu melden; daselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt. Die Situation steht für die Streikenden sehr günstig. Allerdings ist es traurig, daß wir in Erfurt so oft gezwungen werden, unsere Rechte in so energischer Weise verteidigen zu müssen. Was würden bei uns für tieftraurige Zustände herrschen, wenn eine Organisation nicht bestehen würde? Durch einmütiges Zusammenstehen glauben wir bei der Firma Merzel doch den Sieg erringen zu können.

Mittelsteine. Am 20. Januar tagte in der Villa Roma eine Versammlung der hiesigen Steinarbeiter, die mächtig besucht war. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Weiter wurde eine Tarifkommission gewählt, welche mit der Kommission von Bänkelburg gemeinschaftliche Sitzungen abhält. Zu Delegierten für die Konferenz in Schweidnitz wurden die Kollegen Herden und Richter bestimmt. Es wurde ihnen empfohlen, die Durchführung der Bundesratsverordnung in Mittelsteine dort näher zu beleuchten. Als Entschädigung wurden 10 Mk. und freie Fahrt III. Klasse hin und zurück für jeden Delegierten bewilligt. Dann wurde das Versammlungswesen geregelt. Die Mitgliederversammlungen finden von jetzt ab jeden ersten Sonntag im Monat statt. Um die Versammlungsschwänzer etwas mehr zum Besuch heranzuziehen, werden Kontrollkarten angefaßt und zu jeder Versammlung abgestempelt. Von einer eventuellen Buße, welche diese Schwänzer entrichten sollen, wurde vorläufig noch Abstand genommen. Im Besonderen wurde wieder die Unzulänglichkeit der Krankenunterstützung von den hiesigen Betriebskrankenkassen bemängelt, da bei der jetzigen Teuerung die 6 bzw. 7,50 Mk. pro Woche betragende Unterstützung nicht ausreicht und die kranken Kollegen meist auf die Opferwilligkeit der arbeitenden Kollegen angewiesen sind. Darum alle Mann zur nächsten Krankenkassenversammlung und andere Zustände herbeizuführen, das muß unsere Parole sein. Nach einem warmen Appell vom Vorsitzenden an die sämtlichen Kollegen, war Schluß der Versammlung.

Neustadt a. d. Saardt. Am 20. Januar fand unsere erste Bezirksversammlung im Lokale von Emil Graf, Deidesheim, statt, die von den Kollegen der Bahnhöfen Neustadt und Dürkheim gut besucht war. Der Vorsitzende gab den Kollegen ein klares Bild von der letzten Lohnbewegung in Dürkheim, welche zugunsten der Kollegen beendet wurde. Um aber die vereinbarten Verträge zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht einhalten zu brauchen, gründeten die Meister von Neustadt und Dürkheim einen Verband mit dem Wahlspruch: „Nur vereint können wir die beiden Bahnhöfen sprengen.“ und kündigten hierauf den alten Tarif, trotzdem derselbe Gültigkeit bis zum 1. März d. J. hat. Wir haben ihnen aber auch gleich die Antwort darauf und reichten unsern neuen Vertrag ein. Es seien einige Artikel von dem uns zugesandten Tarif von Seiten der Meister angeführt. Artikel 8: „Alle Arbeiten werden im Accord ausgeführt und erhält ein voll leistungsfähiger tüchtiger Steinmehnen einen Mindestlohn von 55 Pfg.“ Also, wir sollen im Accord arbeiten, trotzdem Tagelohn schon zwei Jahre eingeführt ist. Artikel 12: „Dieser Vertrag wurde heute von den christlichen, den unorganisierten und organisierten Steinarbeitern Deutschlands abgeschlossen.“ Es kommen hier aber meistens nur letztere in Betracht. Und sollen wir uns einen christlichen Verband auf den Hals laden? Nein. Daß wir den letzten Artikel nicht

anerkennen, ist selbstverständlich. Kollege Willacker verlas dann unsern eingereichten Vertrag, welcher von den Kollegen von Neustadt und Dürkheim anerkannt wurde. Ferner kam Referent noch auf die geplante Aussperrung zu sprechen, welche am 1. Februar stattfinden soll, und ermahnte die Kollegen, ja nicht zu vertragen und sich zusammenzusetzen, es sei ja doch bloß ein Schreckmittel von Seiten der Meister, um uns dann eher unter das Joch zu kriegen. Es geht deshalb an alle Kollegen das Mahnwort, die Bahnhöfen Neustadt und Umgebung und Dürkheim und Umgebung zu meiden, bis unsere Sache geregelt ist.

Münster. Am 5. Januar fand hier eine Steinarbeiter-Versammlung statt. Die Quartals- und Jahresabschlussrechnung wurde von Graßmann verlesen und von den Neustädtern die Ordnung bestätigt; dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Zur Verwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: I. Vorsitzender Eduard Höhn, II. Vorsitzender Wilhelm Höhnlein, Kassierer Johann Krauß I., Schriftführer Johann Roth, Revisoren Fritz Pfänder und Karl Rhein, Bezirksvertrauensmann Kaspar Scheuring, Bauarbeiter-Kommission Thomas Köll, Gesellenauschuß Karl Rhein, Ausschüßmitglieder Paul Walb und Richard Eisner. Als Gratifikation wurden den beiden Kollegen Scheuring und Graßmann je 25 Mark bewilligt. Als Versammlungsort wird das Lokal des Kollegen Graßmann beibehalten. Den Bericht der Sitzung der vereinigten Gewerkschaften vom 31. Dezember v. J. erstattete Delegierter Pfänder, in welchem es sich hauptsächlich um den Gemeindegewerksverband handelte. An den Verträgen findet die Markenabgabe täglich, abends von 6—8 Uhr, in der Wohnung des Kassierers, Poppenreutherstraße 8, II, jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat von früh 10—12 Uhr im Verkehrslokal bei Graßmann, Neubausen Nr. 7, an den übrigen Sonntagen von 10—11 Uhr in der Wohnung des Kassierers statt. Vom Vorsitzenden wurde auf die bevorstehende Reichstagswahl aufmerksam gemacht, sowie zur Anschließung an den sozialdemokratischen Verein und zum Abonnement der Arbeiterpresse aufgefordert. Wegen rückständiger Beiträge mußten gestrichen werden die Kollegen Georg Wirth, Lober, Stübinger und Freiburger. Zwecks Regelung des Herbergsweins wurde eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Geibel und Rhein, bestellt.

Stuttgart. Am 27. Januar hielt die Bahnhöfe II der Marinarbeiter eine außerordentliche Versammlung ab, welche gut besucht war. Die Einladung erfolgte durch gedrucktes Flugblatt; auch nach Heilbronn ergingen Einladungen, wodurch dann auch ein Kollege delegiert wurde zu unserer Versammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Zweck und Nutzen eines korporativen Arbeitsvertrages zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer; 2. Sind wir in der Lage, einen derartigen Vertrag abzuschließen? Referent war Kollege W., der in einem 1½stündigen Vortrag die hiesigen Verhältnisse beleuchtete. Sämtliche Diszussionsredner pflichteten dem Referenten bei; auch der Kollege aus Heilbronn war erfreut und erwiderte, daß er das Gehörte seinen Kollegen mitteilen werde, bedauerte, daß sie nicht konnten, daß in Stuttgart eine Bahnhöfe sei, infolgedessen seien sie vor einem halben Jahre dem Fabrikarbeiterverbande beigetreten. Er hat, daß ein Stuttgarter Kollege bald nach Heilbronn kommen möge, um den Uebertritt zu bewerkstelligen und die ausgearbeiteten Tarife zu vergleichen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung der Bahnhöfe Stuttgart II pflichtet den Ausführungen des Referenten bei und erklärt heute schon, eine Tarifausarbeitung vorzunehmen und eine dementsprechende Kommission zu wählen und unter den Kollegen eine kräftige Agitation zu entfalten, damit jeder Kollege den Zweck und Nutzen eines korporativen Arbeitsvertrages begreift.“ Anschließend wurde eine Kommission gewählt aus drei Bauern und drei Polizeuren. Die Wahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Ergebnis: Vorstand Wankle einstimmig wiedergewählt, Kassierer Albert Seitz einstimmig wiedergewählt, als Schriftführer Luß I., als Revisoren die Kollegen Eppler und Waier. Zur Konferenz nach Offenburg wurde gewählt Wittmann. Nach einem kräftigen Appell des Vorsitzenden an die Mitglieder wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Amstern. Am 20. Januar fand im Gewerkschaftshaus zu Hameln eine öffentliche, sehr gut besuchte Steinarbeiterversammlung der Bahnhöfe Unien statt. Die Tagesordnung lautete zu Punkt 1, Neuwahl der Lokalverwaltung. Als Vorsitzender wurde Kollege Ferdinand Becker, als Kassierer Heinrich Walke wiedergewählt. Sodann erfolgte die Abrechnung vom vierten Quartal, welche eine Einnahme von 678,73 Mk., eine Ausgabe von 532,52 Mk. betrug, somit bleibt ein Bestand von 146,21 Mk. Es wurde dann der Beschluß gefaßt, die Beiträge vom 1. April ab um 5 Pfa. auf die Marke zu erhöhen, damit die Lokalkasse mehr imstande ist, frange Kollegen zu unterstützen. Großer Beifall lohnte Kollegen Plewig, nachdem er über das Thema „Unre Pflicht als Gewerkschaftler im gegenwärtigen Wahlkampf“ referierte. Hierauf war Schluß der gut verlaufenden Versammlung.

Wartau. (Distriktsversammlung.) Neuester zahlreich war unsere Distriktsversammlung vom 27. Januar besucht. Kollege Zimmermann berichtete über den Stand der Lohnbewegung und führte folgendes aus: Am 10. November 1906 kündigten die Unternehmer den Tarif und teilten uns mit, unterhandeln zu wollen. Nun wurde seitens der Gesellen darauf hingewiesen, daß im alten Tarif ein Passus besteht, auf Grund dessen die kündigende Partei Anträge zu stellen hat, um danach zu verhandeln. Die Unternehmer antworteten nun, daß sie den Tarif für weitere zwei Jahre mit einer prozentualen Erhöhung bewilligen und darüber verhandeln wollten. Auch seien sie nicht abgeneigt, den Zuschlag schon vor Ablauf des alten Tarifs gelten zu lassen. Da nun seitens der Gesellen bereits ein Tarif ausgearbeitet war, erklärte sich die Versammlung einverstanden, auf der Grundlage unseres Tarifs verhandeln zu wollen, da bisher schlechte Erfahrungen mit der prozentualen Erhöhung gemacht wurden. Auch bedarf der Tarif einer gründlichen Ueberlegung, um ihn der heutigen Architektur anzupassen. Ebenso wurde erwähnt, daß der Tarif unbedingt einer Erhöhung bedarf, da seit circa 10 Jahren der Lohn sogar gefallen ist, andererseits aber die Lebensverhältnisse bedeutend teurer geworden sind. Nachdem nun die einzelnen Punkte des ausgearbeiteten Tarifs erläutert und verschiedenes ergänzt war, wurde die Tarifkommission beauftragt, mit den Meistern zu unterhandeln. An dem ruhigen und sachlichen Verlauf der Versammlung konnte man so recht das große Interesse für die Lohnbewegung erkennen. Wir können nur wünschen, daß die Tarifkommission weiter so arbeite, und müßen ihr volle Anerkennung sollen. Um 6 Uhr schloß der bewährte Vorsitzende, Kollege Alter, die Versammlung.

Wachsbau. Am 20. Januar fand im Schweizerhaus in Rochlitz eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, die leider sehr schwach besucht war. Als Vorsitzender wurde Reinhold Franke, als Kassierer Max Steinert einstimmig wiedergewählt. Als Revisoren Otto und Turmann. Zu Punkt 8, Tarifangelegenheiten, beantragt Kollege Weber in Anbetracht der günstigen Konjunktur, die verloren gegangenen 2 Prozent wieder zurückzuerobieren, was auch lebhaft unterstützt wurde. Kollege Kögel stellte den Antrag: Der Vertrauensmann solle diesfalls mit der Geschäftsleitung in Verbindung treten. Da aber die Versammlung so schwach besucht war, wurde die Beschlussfassung bis zur nächsten Monatsversammlung zurückgestellt. Es wurde aus der Mitte der Versammlung beantragt: Den zur nächsten Zusammenkunft fehlenden Mitgliedern eine Buße von 50 Pfa. aufzuerlegen, was einstimmig Annahme fand. Ferner wurde vom Kollegen Kögel angeregt, dahin zu wirken, daß die Steinmehnen in eine höhere Beitragsklasse der Krankenkasse einrangiert werden, als die Steinbrucharbeiter. In Anbetracht des schwachen Besuchs wurde beschlossen, dies in einem Nebenrecht zum Antrag zu bringen. Die Ortsverwaltung soll sich dann mit der Amtshauptmannschaft wegen dieser Sache in Verbindung setzen. Laut Versammlungsbefehl wurde dem Kollegen Robert Türke eine Krankenunterstützung in Höhe von 20 Mk. bewilligt. Ferner

wurden noch 20 Mt. zum Wahllohn beigefeuert. Zwecks Wieder-
aufnahme in den Verband war der Kollege Endmann selbst er-
schienen. Darüber entspann sich eine lebhafte Debatte. Kollege
Endmann erklärte sich bereit, 10 Mt. nachzugeben und vom 1. Juli
v. J. ab regelmäßig die Beiträge, was einstimmig angenommen
wurde. Die nächste Versammlung soll wieder im Schweizerhaus
Nochth stattfinden. Ferner wurde angeregt, daß wir uns einmal
mit dem Gauleiter in Verbindung setzen, betreffs der Mißstände im
Krankentassenwesen.

Bekanntmachungen des Zentral- vorstandes.

Ausgeschlossen auf Grund § 3 Absatz 5b unseres Statuts
sind folgende Steinmetzen: **Albert Große** (Buch Nr. 10063), geb.
27. Oktober 1880 zu **Ernan**, **Karl Hammer** (Buch Nr. 34015),
geb. 28. März 1875 zu **Bernburg**, **Max Guische** (Interimsbuch
Nr. 8808), geb. 21. Nov. 1870 zu **Burta a. S.**, **Rambon Momerto**
(Buch Nr. 50005), geb. 16. August 1875 zu **Burta** (Stalien), alle
zurzeit in **Blankenburg**; ferner **M. Humm** (Buch Nr. 46068), zur-
zeit in **Neustadt a. d. Haardt**.

Den **Ortsverwaltungen** zur Kenntnis, daß unsere Statuten
nunmehr auch in **französischer Uebersetzung** zu haben sind.

Bericht des 2. Gaues (Vorort Striegau).

Vorliegender Bericht erstreckt sich auf die Zeit der letzten
Gaulaufkonferenz — 17. Dezember 1905 bis 31. Dezember 1906.
Es ist wohl der Mühe wert, am Jahreschlusse einen Rückblick
auf die Entwicklung unseres Gaues zu werfen. Um im all-
gemeinen einen Ueberblick über die gesamte Steinindustrie
Schlesiens zu gewinnen, müssen wir die Gebiete, die für die
Agitation hauptsächlich in Betracht kommen, in folgende Be-
zirke einteilen: 1. die niederschlesische Sandsteinindustrie, 2. die
Basalt- und Kalksteinbrüche Goldberg-Rauffung, 3. die Granit-
gebiete Striegau, Hirschberg, Strehlen und um Zobten, 4. die
Quarzitindustrie Krummendorf, 5. die Marmor- und Granit-
industrie Feilau, Kunzendorf, 6. die Porphyrt-Plastersteinbrüche
Königswalde, 7. die Heuschneuer Sandsteinindustrie.

In den hier genannten Gebieten — einschließlich Breslau
— sind ungefähr rund 5000 Arbeiter beschäftigt. Organisiert
— nach der Abrechnung des 3. Quartals 1906 — 2321 Kollegen.
Beide Zahlen verglichen zeigen uns, daß noch ein großes Arbeits-
feld vorhanden ist. Anfang 1906 waren 1600 organisiert. Es
muß zugegeben werden, daß ein nie geahnter Fortschritt — der
Mitgliederzahl nach — zu verzeichnen ist. Günstig war die gute
Konjunktur in der Sandstein- wie Granitindustrie, die die Agi-
tation erleichterte. Fallsch wäre es, wollte man einzig und
allein den Fortschritt auf das Konto einzelner Personen setzen.
Die fortgesetzte Teuerung hat ihre Wirkung nicht verfehlt und
unsre Kollegen fühlten instinktiv, daß sie nur Schutz und Hilfe
durch den Zusammenschluß in ihrer Organisation finden konnten.
Die ganze wirtschaftliche Entwicklung ging nicht ganz spurlos
an ihnen vorüber. Zugegeben muß auch werden, daß im letzten
Jahre intensiver agitiert wurde. In der Form der Agitation
trat ebenfalls eine Veränderung im Gau ein. Dem Wunsche der
Striegauer Kollegen, einen besoldeten Gauleiter anzustellen,
kam der letzte Verbandstag nicht nach, sie waren jedoch der Mei-
nung, daß durch eine unabhängige Person, die sich nur der Agi-
tation widmet, Fortschritte gemacht werden können. Im Sep-
tember stellte man einen besoldeten Lokalbeamten an. Inwie-
weit sich diese Anstellung bewähren wird, muß erst die Zukunft
lehren. Ein abschließendes Urteil ist nach einer viermonat-
lichen Tätigkeit noch nicht abzugeben. Striegau weist gegen-
wärtig 843 Mitglieder auf und von Woche zu Woche vermehrt
sich diese Zahl. Jedoch nicht nur zahlenmäßig hat sich in der
einen Zahlstelle das Verhältnis gebessert, nein, auch das Ver-
ständnis für alle Gegenwartsfragen macht sich bemerkbar. Und
schon jetzt kann gesagt werden, sollte es zu einem eventuellen
Kampf mit den Unternehmern kommen, daß die Scharte der
letzten Niederlage ausgeweht wird. Denselben Fortschritt, wenn
auch nicht in der Weise wie Striegau, macht Gäslicht. Hier
fehlt es uns leider im ganzen Gebiet an Versammlungslökalen.
Ein **Wohlfühlort** ist, da wir momentan die Kollegen nicht an der
Hand haben, ausichtslos. Man trägt sich jedoch mit dem Ge-
danken, ein eigenes Versammlungslokal zu errichten, die Ren-
tabilität ist bei der Anzahl der Arbeiter gesichert. Ein Anfang
nach dieser Richtung ist bereits getan, denn ein ansehnlicher
Fonds ist schon vorhanden. Eine weitere Veränderung im Gau
trat ein, indem auf Wunsch der Striegauer die Gauleitung von
Bunzlau nach Striegau verlegt wurde. Geographisch liegt letz-
terer Ort sehr günstig und ist auf die schnellste und billigste Weise
jeder Bezirk zu erreichen. An Personen, die einen derartigen
Posten ausfüllen, fehlt es nicht und als großer Fehler muß es
bezeichnet werden, daß seinerzeit die Gauleitung von Striegau
abgelehnt wurde. Die Zahlstelle Strehlen, die im Herbst 1905
gegründet wurde, war gezwungen, wegen Mafregelung des
Vorstandes denselben als Bezirksleiter anzustellen. Strehlen
hat sich dadurch gut entwickelt und die Kollegen der Umgegend,
wie Gortau, Gufines und Nilsdorf, wurden dem Verbande
zugeführt. Die agitatorische Arbeit des Kollegen **Baria** müssen
wir voll und ganz anerkennen. Krummendorf ging uns aller-
dings wieder verloren, indem die Unternehmer alle Gewalt-
mittel, die ihnen zur Verfügung standen, ausnützten und die
Arbeiter einschüchterten. Diese Arbeiter werden erbärmlich be-
schäftigt und gerade diese Industrie, weil konkurrenzlos dastehend,
wäre imstande, die Arbeiter auskömmlich zu bezahlen. An
Versuchen unterfertig, sie zu gewinnen, soll es nicht fehlen.

Die Granitarbeiter von Zobten und Umgebung wurden fast
vollständig für den Verband gewonnen; anerkannt muß werden,
daß die leitenden Kollegen bei jeder Gelegenheit die nötige Ruhe,
Ueberlegung und Besonnenheit bewahrten, und so trugen sie zur
Sicherung und Stärkung unserer Positionen vieles bei. Eine
kleine Feuerprobe bestand die Zahlstelle, indem die Sprengung,
die von Seiten einer Firma geplant war, abgewehrt wurde.
Fortwährend versuchen die Firmen resp. deren Vertreter, durch
ungerechtfertigte Entlassungen unsere Bewegung aufzuhalten.
Jedoch das Gegenteil wird erreicht und die Erbitterung gegen
die Firmen und Bruchmeister nimmt von Tag zu Tag zu. Mit
einer wahren Begeisterung hängen unsere Mitglieder am Ver-
bande dort und hält dieselbe an, so ist es möglich, die Arbeits-
bedingungen aufzubessern.

In den Marmorgebieten, besonders in Feilau, kommen
wir nicht recht vorwärts, wir gingen sogar zurück. Im Kunzen-
dorfer Bezirk sorgt die katholische Geistlichkeit durch die Ge-
sellenvereine und Fachabteilungen dafür, daß die Unternehmer
ihren Profit einheimen können. Wie bekannt, existieren in
Feilau die niedrigsten Löhne, die in der Marmorindustrie ge-
zahlt werden. Die Arbeiter fürchten aber, wegen Zugehörig-
keit zur Organisation die Arbeit zu verlieren und bleiben uns
beschwegen fern. Glücklich mußte sich jeder schämen, diesen Aus-
sagerungsstätten den Rücken kehren zu können. In letzter Zeit
bessert sich die Mitgliederzahl wieder und alle Mittel und Wege
werden versucht werden, um dieses Gebiet zu erobern. Lokale
sitzen uns auch hier nicht zur Verfügung.

In den Granitbrüchen bei Hirschberg und den Marmor-
brüchen Rauffung blieb der Erfolg unserer Agitation aus. In
dem Augenblick, als wir daran waren, Mitglieder zu gewinnen,
erschienen die Hirsch-Dunderschen und mit Hilfe der freisinnigen
Steinbruchbesitzer wurde den Arbeitern der Gewerksverein auf-
otkriert. Ein Werkmeister, der bei seinem Arbeitgeber im
Verdacht stand, unsere Bewegung zu unterstützen, wurde unter
Auszahlung des Gehalts sofort entlassen. Sicher ist, daß die

irreführenden Arbeiter einsehen werden, daß die Gewerksvereine
ganz gut die Interessen der Unternehmer wahrzunehmen
verstehen. Die Heuschneuer Zahlstellen hielten sich so leidlich,
wiewohl auch hier Hindernisse von Seiten der katholischen Fach-
abteilungen uns bereiteten wurden. Die Behörden versuchen eben-
falls durch die allbetannten Maßnahmen: Polizeistunde, Aus-
weisungen, Verweisen der österreichischen Kollegen aus den Ver-
sammlungen usw., unsere Bewegung aufzuhalten. Jedoch ver-
gebens, auf unsre Oesterreicher können wir uns verlassen,
währendem die Deutschen etwas feig zurückstehen. Ueberhaupt
fehlt es den Einheimischen an der nötigen Energie und dem
festen Willen. Mißstände gibt es viele zu beseitigen und so
wäre etwas mehr Feuer und Begeisterung angebracht. Die
Spaltung, die sich unter den österreichischen Gewerkschaften voll-
zogen, griff auch auf die impulsiven Naturen unserer Kollegen
in Deutschland über. Aber die Drohung des Prager Sekretärs
Scheffat wird nicht zur Tat werden, das begreifen sogar seine
Landsleute in Sachsis. Einen Nutzen hätte einzig und allein
nur das Unternehmertum von einer Zerplitterung.

Im niederschlesischen Sandsteinbezirk wurden im Frühjahr
in Hartliebtsdorf die Kollegen der kleineren Betriebe dem Ver-
bande zugeführt. Im ganzen Bezirk stehen uns nur noch wenige
Kollegen fern und kann derselbe als die Hochburg unsres Ver-
bandes betrachtet werden. Nur in den seltensten Fällen wurde
die Gauleitung in Anspruch genommen.

Neugegründet wurde nur **Breslau II.** (Marmorarbeit.)
Ein Hauptaugenmerk wurde auf die Zusammenlegung angren-
zender Orte (zu einer Zahlstelle) gelegt. Der ganze Apparat
ist dadurch wesentlich erleichtert.

Die Uebertretungen der Bundesratsverordnung, Unfall-
versicherungsbestimmungen, wurden jederzeit den Behörden über-
mittelt, in den seltensten Fällen jedoch am wenigsten wurde in
der Granitindustrie die Beseitigung der Mißstände erzielt.

Die mündliche Aufklärungsarbeit wurde gepflegt im Ab-
halten von öffentlichen und Mitgliederversammlungen, Betriebs-
besprechungen, Aufsuchen auf den Werkplätzen und durch Haus-
agitation. Letztere Agitation erwies sich als eines der besten
Mittel und da uns im Gau nur wenige Lokale überlassen wer-
den, sind wir immer wieder darauf angewiesen. Versammlungen
mit auffällenden Referaten fanden 88 statt, eine Tour des Kol-
legen **Staudinger** mit 3 Versammlungen eingerechnet. Flug-
blätter wurden 3 Posten vorbereitet, jede Auflage den örtlichen
Verhältnissen angepaßt. Als eines der wirksamsten und gut auf-
genommenen Aufklärungsmittel erwies sich der Steinarbeiter.
Postfächer, Briefe, Karten, Telegramme gingen 321 ein; aus-
gingen im ganzen 412. Lohnbewegungen mit einigen günstigen
Abschlüssen ohne Arbeitsniederlegung wurden in Deutmanns-
dorf, der Heuschneuer und **Wartbau II** geführt. In Strehlen,
wo wir ebenfalls Forderungen der Firma **Schall** unterbreitet
hatten, wurden die gemachten Zugeständnisse nicht eingehalten.
Wir waren auch nicht imstande, in Anbetracht der ungünstigen
Konjunktur und der vorgezogenen Jahreszeit, dem Ehrenwort
des Herrn **Schall** den nötigen Nachdruck zu verleihen. Mit der
Zeit wird aber auch mit diesem Unternehmer ein ernstes Wort
gesprochen werden. Die im Herbst von den niederschlesischen
Sandsteinindustriellen zugesagten Lohnaufbesserungen von zehn
Prozent wurden am 1. Dezember wieder illusorisch gemacht,
resp. zurückgezogen. Arbeitsniederlegungen wegen Nichtein-
halten des Tarifs, der Bundesratsverordnung, Mafregelungen
fanden in Bunzlau, Kesselsdorf, Deutmannsdorf, **Wartbau**,
Godenau, **Breslau** und **Rückers** statt. In fast allen Fällen, mit
Ausnahme von **Breslau**, erreichten die Kollegen die Anerkennung
ihrer Rechte.

Die Kassenverhältnisse sind im allgemeinen gute zu nennen.
Leider war uns in der Führung der Kassenbücher und der Kasse
in zwei Zahlstellen Unordnung eingeriffen. Zu einem Teil
waren die Kollegen selbst mit daran schuld, indem sie jahrelang
ihre Mitgliedsbücher sich nicht zeigen ließen. Und weiter trug
auch die Gauleitung ein Teil schuld, indem die Bücher nie revi-
diert wurden. Als Entschuldigung muß Zeitmangel angeführt
werden. In Zukunft wird darauf ein besonderer Wert gelegt
und bei jedem Besuch einer Zahlstelle werden die Kassenverhält-
nisse geprüft. Kommen wir nun zum Schluß, so muß zuge-
standen werden, daß ja nicht alle Erwartungen und Ausgaben
von Erfolg begleitet waren, jedoch der Verband unter den Stein-
arbeitern Schlesiens Fortschritte machte. Es gibt manche
Hindernisse zu überwinden und wenn jeder Kollege seine agita-
torische Kraft, je nach Art seiner Befähigung, in den Dienst
der Organisation stellt, wird es uns möglich sein, auch in die-
sem Jahre die Mitgliederzahl zu vermehren. Gewinnen wir an
Stärke, desto leichter ist es uns dann, die erbärmlichen Löhne,
die in der ganzen schlesischen Steinindustrie vorherrschen, zu
beseitigen.

Striegau, im Januar 1907.

Lohse.

Rundschau.

Tarifverträge. Ein verständliches Urteil fällt das Ge-
werbegericht München am 23. Januar 1907 über das Nicht-
einhalten von Tarifverträgen. Im Mai 1905 schloß die
Organisation der Steinarbeiter Münchens mit dem dem Arbeit-
geberverbande nicht angehörigen Steinmetzmeister **M.** Huber
einen Vertrag ab. In der Hauptsache wurde die Organisation
anerkannt und ein Minimallohn von 60 Pfg. pro Stunde sowie
die neunstündige Arbeitszeit auf die Dauer von 2 Jahren fest-
gelegt. Herr **Huber** bezahlte den festgesetzten Lohn bis zur
Beendigung des damaligen Streiks und machte dabei ein sehr
flottes Geschäft, weil bei seinem Nachbar, Herrn **Steinmetzmeister**
Köppel, die Steinmetzen auch im Streik lagen und so ein großer
Abfluß von Grabmonumenten bei ihm zu verzeichnen war. Ab
September 1905 bezahlte **Huber** in den Wintermonaten einen
Stundenlohn von 50 und in den Sommermonaten einen solchen
von 55 Pfg. Organisierte Kollegen, die damals ihren Lohn
nach Tarif verlangten, wurden entlassen. Dagegen glaubten die
dem Verbande nicht Angehörigen bei **Huber** ihr **Snadenbrot**
auf Lebensdauer zu finden und gaben sich mit dem Zahlungs-
modus zufrieden. Nun welches Wunder! Die Einigkeit zwischen
Beiden nahm vor kurzem ein Ende, den Kollegen fiel auf ein-
mal der Vertrag ein, den die Organisation abgeschlossen und so
wurde Herr **Huber** von seinen Arbeitern vor das Gewerbe-
gericht bestellt. Man suchte Schutz bei der Organisation, allein
es war zu spät. Die Verlustsumme des Verdienstes be-
trug für 4 Kollegen nach ihrer Zusammenstellung
700 Mark. Mit Recht erklärte heute Dr. **Gesler** (Gewerbe-
richter), daß durch Nichteinhalten der Tarifverträge die
Schmutzkonkurrenz auf beiden Seiten am allerbesten
gefördert sei, daß gerade die Arbeiter in der scham-
losten Weise ihren Kollegen in den Rücken ge-
fallen seien. Dasselbe, führte Dr. **Gesler** aus, sei auch bei
dem Arbeitgeber der Fall. Die Forderungen wurden bis auf
die letzte Arbeitswoche zurückgewiesen: für die letzte Woche be-
zahlte Herr **Huber** den Ausfall des Tarifs. Die Kollegen haben
nun den Weg zur Organisation gefunden, sie sahen ein, daß
auch für sie nur die Organisation nützlich sein kann. (An-
merkung des Berichterstatters): 700 Mark macht der verlorene
Verdienst in dieser Zeit, 170 Mark würden die Beiträge für
die Organisation gemacht haben. Es blieben also noch 530 Mt.
zu 4 Teilen für die Kollegen. Der Wert der Organisation
wird dadurch am drastischsten dokumentiert.

Ein Gewerkschaftsstatut vom Reichsgericht für ungültig
erklärt. Eine für Gewerkschaften und Unterstützungsvereine
prinzipiell wichtige Entscheidung hat kürzlich der 1. Zivilsenat
gegen den **Senefelder-Bund** gefällt. Es dreht sich dabei um
folgendes: Der 1873 gegründete **Senefelder-Bund** verfolgte
zwar anfangs gewerkschaftliche Zwecke, begrenzte sich aber dann
nur auf Unterstützungen bei Krankheit und Invalidität der
Mitglieder und auf Sterbe- und Witwenunterstützung. Durch
die spätere Einführung auch der Reise- und Arbeitslosenunter-
stützung gab es gar bald Differenzen mit dem Gewerkschafts-
verband der Lithographen, Steindrucker und Verlagsgenossen. Be-
seitigt wurden diese Differenzen durch Beschlüsse beider Verbände,
denen ja dieselben Berufe angehörten, durch eine Gebietsab-
grenzung, wodurch die Gewerkschaft allein nur noch die Reise-
und Arbeitslosenunterstützung führen durfte. Die nach dieser
Zeit einsetzende intensive Agitation ergab folgendes Resultat:
Die Verschmelzung mit der Gewerkschaft wurde vom **Senefelder-**
bund auf seiner Generalversammlung 1904 in **Rassel** mit großer
Majorität beschlossen. Die unmittelbar darauffolgende gemein-
same Generalversammlung beider Verbände beschloß die Auf-
lösung der Gewerkschaft der Steindrucker und die Uebernahme
ihrer gewerkschaftlichen Zwecke durch den neuen **Senefelder-Bund**.
Gegen diese Beschlüsse reichten nun 31 alte Bundesmitglieder
eine Klage ein, die die Ungültigkeitserklärung des neuen Statuts
forderte, soweit es sich um die sozialpolitischen Zwecke — näm-
lich um Unterstützung bei Streiks, Aussperrungen und Maß-
regelungen handelte. Der Öffentlichkeit ist ja auch noch bekannt,
daß dieselben 31 Kläger mitten im Streik und der darauffolgenden
Aussperrung, die die Lithographen und Steindrucker auszu-
kämpfen hatten, eine einseitige Verfügung des Gerichts er-
wirkten, wonach die Gewerkschaftskasse für Streiks- und Aus-
spernungszwecke gesperrt wurde. Allerdings gaben diese 31
Kläger später die Gewerkschaftskasse wieder frei. Der Vertreter
der 31 Kläger begründete die Klage damit, daß die Gewerkschaft
die ganze Verschmelzungsalaktion nur zu dem Zwecke geführt
habe, um das Vermögen des Vereins, das die alten Leute,
die mit ihren Chefs in Freundschaft leben, gesammelt, für
Streiks — für den geplanten großen Generalkstreik — zu be-
kommen. Auf diesem Wege, und weil man Tausende neuer
Mitglieder in den „Bund“ hineinbringt habe, seien die be-
rechtigten Ansprüche der alten Mitglieder zu kurz gekommen,
ihre Vermögensrechte müßten sichergestellt werden. Der Ver-
treter des neuen **Senefelderbundes**, der gegen die Erkenntnisse
des Landes- und Obergerichtes in **Frankfurt** Berufung
eingelegt hatte, führte dagegen aus: Es sei allerdings festgestellt,
daß 4000 neue Mitglieder dem alten Bunde zugeföhrt waren.
Wenn zum Beispiel ein Verein 100 Mitglieder zähle, dem
plötzlich 4000 neue vollberechtigte Mitglieder, die dann einen
Majoritätsbeschluß fassen, zustimmen, dann könnten doch die
100 alten Herren, die doch an den Majoritätsbeschluß des
Bunds gebunden waren und es doch dann auch noch sind,
nicht Referatrechte für sich in Anspruch nehmen. Das Reichs-
gericht gab den 31 Klägern recht, und verwarf die Revision
der Gewerkschaft. Durch dieses Urteil sind bestimmte Para-
graphen des Gewerkschaftsstatuts für ungültig erklärt und der
Verband ist gezwungen, ein neues Statut zu schaffen. Es ist
deshalb eine außerordentliche Generalversammlung seitens des
Senefelder-Bundes einberufen.

**Arbeiter, gebt acht, ob die Unternehmer Invaliden-
marken leben!** Unlängst veröffentlichte die **Bremer Bürger-**
zeitung ein Urteil, wonach ein Arbeiter mit seinen Schadenersuch-
ansprüchen abgewiesen wurde, trotzdem der Unternehmer
die Beiträge für die Invalidenversicherung regelmäßig vom
Lohn abgezogen, aber keine Marken gelebt hatte. Daß solche
Vorkommen nicht vereinzelt dastehen, davon zeugen immer
wieder neue Beispiele. So machten zwei bei einem Fuhrwerks-
besitzer in **Berlin** Beschäftigte nach Lösung ihres Arbeits-
verhältnisses die Wahrnehmung, daß die einbehaltenen Geld-
beträge für Invalidenmarken nicht ordnungsgemäß verwendet
worden waren. Von dem Unternehmer wurden sie kurz abge-
wiesen, erst mit Hilfe eines Rechtsanwaltes gelang es, denselben
zur Herausgabe der einbehaltenen Summen von 38 und
41,85 Mt. zu bewegen. Jeder Arbeiter ist es sich und seiner
Familie schuldig, daß er kontrolliert, wo seine Invalidenbeiträge
bleiben.

Die gewerkschaftliche Bewegung in Sibirien. Der Be-
ginn einer umfassenden gewerkschaftlichen Bewegung in Sibirien
datiert vom Monat **November** oder **Dezember** des Jahres 1905.
In **Tomsk** z. B. haben sich seit dieser Zeit fast in allen Be-
rufszweigen Verbände gebildet. Zwar auch vor der genannten
Zeit hat daselbst ein Verein der Buchdrucker bestanden, aber
auch er hat sich später in einen Verband der Druckerarbeiter
verwandelt. Die Satzungen sämtlicher Verbände weisen den-
selben Charakter auf und sind nach einem und demselben Typus
geschaffen. Alle Verbände sind parteilos und stellen sich zur
Aufgabe den Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen,
wobei in den Satzungen jedes Verbandes ein Punkt enthalten
ist, demzufolge 50 Prozent aller einlaufenden Beiträge dem
Streifonds zu überweisen sind. Die Mitgliederzahl der neu-
entstandenen Verbände stieg progressiv bis Ende **Dezember**;
begann aber dann infolge der politischen Reaktion und der
Repressalien zu sinken. Die angeführten Ziffern zeigen die Zahl
der Mitglieder jedes Verbandes gegen Schluß des Jahres 1905.
So z. B. hatte der Verband der Druckerarbeiter 300 Mit-
glieder, der Schlosser 150, der Arbeiter im Depot der Station
Tomsk 60, der Tischler 50, der Barbier 30, der Modistinnen
und **Buzmacherinnen** 70, der **Pharmazeute** 15, der niederen
Krankenhausangestellten 30.

Nicht angeführt sind die Mitgliederzahlen der Verbände der
Angestellten in der **Direktion der Sibirischen Eisenbahn**, der
Handlungsgehilfen und der Kontoristen. Die Angestellten in
der **Direktion**, deren es in **Tomsk** etwa 2000 gibt, sind nach
den einzelnen Dienstzweigen organisiert; die Zahl derjenigen,
die Verbänden beigetreten sind, betrug etwa ein Drittel aller
Angestellten. — Was die Handlungsgehilfen und Kontoristen
anbelangt, so haben sie sich endgültig erst im Sommer 1905
organisiert; der Verband der Handlungsgehilfen zählt 150 Mit-
glieder, der Verband der Kontoristen 130.

Proletarische Solidarität. Die Arbeiter, die bei den
öffentlichen Arbeiten auf dem **Gagarinski-Damm** in **Petersburg**
beschäftigt sind, haben den ganzen Verdienst des letzten Tages
vor **Weihnachten** (etwa 1000 Rubel) den arbeitslosen Kollegen
zugewendet. Bei der Verteilung dieser Summe haben die
Arbeitslosen, über die unerhörte Grausamkeit der **Lodger**
Fabrikanten aufs tiefste empört, 250 Rubel von der oben
genannten Summe für die **Lodger** Kollegen bestimmt.

Auch für Frankfurt a. M. ist eine Heimarbeitausstellung
geplant und zwar für Herbst dieses Jahres. Der vorbereitende
Ausschuß setzt sich zusammen aus Vertretern des sozialen
Museums, Gewerkschaftsartells, christlichen Artells und der
Stadt **Frankfurt**. Das Komitee hat sich zur Aufgabe gemacht,
in der Ausstellung hauptsächlich die Heimarbeit des **Frankfurter**

Wirtschaftsgebietes darzustellen; es soll aber in diesem eng begrenzten Rahmen ein gründliches, umfassendes Bild der Heimarbeit in ihren wirtschaftlichen, technischen und sozialen Voraussetzungen, Formen und Folgen gegeben werden. Die Ausstellung soll vollständige Unparteilichkeit zu ihrem Grunde haben und sich daher in gleicher Weise auf die Mitarbeit der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer stützen.

Eine neue Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel ist in Bayern ins Leben getreten. Sie gliedert sich in drei selbständige Abteilungen: 1. für Industrie und Handel, 2. für Handwerk und Gewerbe, 3. für Arbeiterchutz und Wohlfahrt. In dieser letzten Abteilung sind drei Arbeitersekretäre und drei bis fünf Mitglieder von größeren Gewerkschaften mit Sitz und Stimme vertreten. In der praktischen Sozialpolitik ist man in Süddeutschland dem skandinavischen Norden um ein gut Teil vorwärts.

Einiges über die Lohnverhältnisse deutscher Fürsten.

Es beträgt die Zivilliste (inklusive Apanagen) des	
Großherzogs von Baden	1 480 269 Mk.
Dazu Aufbesserung	400 148 "
Großherzogs von Hessen	1 270 142 "
Großherzogs von Oldenburg	655 000 "
Regenten von Braunschweig	1 125 823 "
Großherzogs von Sachsen	1 020 000 "
Herzogs von Sachsen-Meiningen	344 286 "
Dazu noch	503 015 "
Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt	386 667 "
Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen	500 000 "
Königs von Württemberg	2 127 080 "
Königs von Sachsen	4 168 256 "
Regenten von Bayern	5 402 475 "
Kaisers	15 719 296 "

Proletariats Ende. In Nummer 12 der Fränkischen Tagespost (dem Nürnberg-Parbeiterorgan) vom 15. Januar erschien die Mitteilung, daß in der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Werk Augsburg, ein Schlosser entlassen wurde, weil er alt und folgebessenen vom Schaffen von Profit nicht mehr tauglich war und daß sich der Mann dann erhängt habe. Daran wurde die Frage gestellt: "Warum?", er habe doch 70 Pfg. — pro Tag Pension gehabt. — Daraufhin schickte die Direktion der Fabrik eine "Berichtigung", es sei unwarhaft die Tagespost geschrieben habe, der Mann sei nicht entlassen worden, er sei nur "arbeitsunfähig" geworden. Er habe auch nicht bloß 70 Pfg., sondern 78 Pfg. pro Tag Pension gehabt. Außerdem vergaß die von "Wohltätigkeit" zerfallende Direktion nicht, anzuführen, daß der Arme auch die Invalidenrente gehabt habe, im Betrage von 61 Pfg. pro Tag. Abgesehen davon, daß die Invalidenrente nicht eine "Wohltat" der Fabrik ist, glaubt die Direktion, man habe in der gegenwärtigen Zeit mit Mk. 1.89 täglich mit seiner Familie ein Schlemmerleben führen können und es sei wahrscheinlich eine Irwittheit, daß sich der Mann erhängt hat.

Ueber die Pflichten der Krankenkassen hat jüngst das preussische Obergerichtsgericht eine interessante Entscheidung gefällt. Eine Polizeibehörde hatte sich veranlaßt gesehen, zwei einer Ortskrankenkasse angehörende Personen in einem Krankenhause unterzubringen. Die Kasse weigerte sich, die Kosten dieser Unterbringung zu übernehmen, indem sie erklärte, die Polizei sei gar nicht berechtigt gewesen, die Aufnahme der beiden Personen in einem Krankenhause zu veranlassen; das sei vielmehr lediglich ihre — der Kasse — Sache gewesen. Das zuständige Landgericht hat diese Ansicht nicht gutgeheißen. Nach den Ausführungen der beklagten Kasse könnte es scheinen, als ob die Entscheidung darüber, ob eine Krankenhausbearbeitung einzureiten habe, oder nicht, der Willkür der Kasse überlassen sei. Das sei aber durchaus nicht der Fall; vielmehr habe die Kasse nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu befinden, ob Krankenhausbearbeitung zu gewähren sei oder nicht. Der Kassenvorstand dürfe sich nicht von finanziellen Rücksichten leiten lassen, er sei vielmehr der Allgemeinheit und der staatlichen Organisation gegenüber verpflichtet, in notwendigen Fällen — die Entscheidung der Ärzte ist maßgebend — Krankenhausbearbeitung zu gewähren. Die beklagte Kasse hat weiter eingewendet, sie habe den beiden Erkrankten gegenüber nur eine private Verpflichtung gehabt, diese hätte sie aber ebensogut außerhalb des Krankenhauses erfüllen können. Das sei aber ebenfalls nicht richtig. Die Pflichten der Krankenkasse ihren Mitgliedern gegenüber wären nicht rein privatrechtlicher, sondern vorwiegend öffentlich-rechtlicher Natur. Das ergebe sich aus dem obligatorischen Charakter der Krankenversicherung. Aus dem Zwange zur Versicherung folge, daß die den Kassen obliegenden Leistungen einer sozialen Notwendigkeit entsprechen. Hat der Staat aber im öffentlichen Interesse die Krankenversicherung geschaffen, so liege es auch im öffentlichen Interesse, daß die Krankenkassen als Organe der Krankenversicherung ihren Verpflichtungen nachkommen. Die Polizei habe also mit der in Rede stehenden Maßnahme eine im öffentlichen Interesse der Kasse obliegende Leistung erfüllt.

Seitens des Zentralverbandes der Maurer ist soeben ein verdienstvolles Werk über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Maurergewerbe, umfassend die Statistik für 1905 und die Tarifverträge von 1891 bis 1905, herausgegeben worden: Es ist die dritte allgemeine und größere Erhebung, die von dem Verband unternommen worden ist. Die erste erfolgte im Jahre 1898; durch Umfrage gelang es, zuverlässige Vergleichszahlen über Lohnhöhe und Dauer der Arbeitszeit aus den Jahren 1885, 1890 und 1895 zu ermitteln, die eine wertvolle Ergänzung der Zahlen des Erhebungsjahres bilden. Die zweite Erhebung wurde 1900 vorgenommen. Sie erstreckte sich auf 1455 Orte, in der Hauptsache Gemeinden mit 5000 Einwohnern und darunter, während die größeren Orte in der Statistik von 1898 enthalten sind. Die erste Erhebung erstreckte sich auf 147 686 Maurer in 673 Orten. Von der zweiten Erhebung wurden 159 818 Maurer betroffen. Die jetzt vorliegende Erhebung von 1905 erstreckte sich auf 1721 Lohnbezirke bzw. 13 297 Orte. Die Zahl der ermittelten Unternehmer beträgt 17 380, die der Poliere 18 749, die Zahl der Gesellen 223 803 und die der Lehrlinge 30 268. Es ist eine äußerst fleißige und peinlich gewissenhafte Arbeit, die hier von einer unserer Gewerkschaften geleistet worden ist und die eine wertvolle Bereicherung der Gewerkschaftsliteratur bedeutet. Der Wert der Arbeit wird durch die Sammlung aller im Maurergewerbe bestehenden und seit 1891 bestandenen Tarifverträge, die einen wesentlichen Teil des Wertes ausmachen, bedeutend erhöht.

Der Lederarbeiterverband hatte am Schlusse des 3. Quartals 1906 nach der Abrechnung eine Mitgliederzahl von 7614 gegen 7325 am Schlusse des vorhergehenden Quartals. Die vorausgabte Streik- und Gemahregelunterstützung belief sich auf 42 011.24 Mark gegen 41 545.58 Mark im vorhergehenden Quartal.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 17. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der letzte belgische Gewerkschaftskongress. Von Camille Guymans. — Mathematische Formeln gegen Karl Marx. Von L. B. Boudin, Neuhof. (Fortsetzung.) — Zur Bevölkerungslehre. Von W. Beer. — Das Fiasco der Arbeiterausweise. Von Max Hirsch. — Literarische Rundschau: Karl Federn, Die Wahrheit über den Prozeß gegen die Gräfin Linda Bonmartini-Murri. Von Therese Schlesinger. Marcel Perwegh, Georg Herweghs Briefwechsel mit seiner Braut. Von g. Ernest Untermann, Science and Revolution. Von Ant. Pannuel. Werner Cosmbar, Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? Von K. K.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschien soeben das bereits angekündigte Buch: Kurt Eisner, Das Ende des Reichs. Deutschland und Preußen im Zeitalter

der großen Revolution. Preis broschiert 4 Mark, gebunden 5 Mark.

Es ist wie eine Antwort auf die Wahlhoffnung des Fürsten Bülow, in der er mit und in der deutschen Sozialdemokratie nach der großen französischen Revolution den Krieg erklärte. "Auf den halbgebildeten Spießbürger und phrasentrunknen Gleichmacher Robespierre folgte der Degen Bonapartes. Er mußte kommen, um das französische Volk von der Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kommunisten zu befreien." Gegenüber diesen Ammenmärchen eines kindisch gewordenen Philistertums zeigt das Buch die einfache geschichtliche Wahrheit, daß sowohl der phrasentrunkne Gleichmacher Robespierre, als die französischen Volkshoere wie der Degen Bonapartes kommen mußten, um die ganze preussisch-deutsche Herrlichkeit des absoluten Staates hinwegzuräumen. Robespierre wie Bonaparte haben Europa von der Schreckensherrschaft des Systems befreit, das heute in der preussisch-deutschen Reaktion und ihrem Reichsführer, dem Fürsten Bülow, gespenstisch aus dem Grabe auferstehen ist.

Die Sozialdemokratie aber kämpft in Wahrheit noch in dieser Wahlbewegung für die Rechte der französischen Revolution gegen den Absolutismus, und das Buch bringt deshalb eine Fülle von aktuellem Material zur Beleuchtung der historischen Verdienste des persönlichen Regiments und des Bülowischen Junkertums.

Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen und Kolporture sowie auch der Verlag entgegen.

Regeln für den Versammlungsbesuch.

1. Man gehe in die Versammlung. Das ist erste und Grundbedingung alles übrigen; denn was nützen weitere gute Ratschläge denen, die nicht da sind, um sie zu befolgen? Ist eine Versammlung leer aus Mangel an Teilnahme derer, die man erwartet hatte, dann kann sich der Vorsitzende oft nicht enthalten, vorwurfsvolle Worte an die wenigen Anwesenden zu richten, einen Tadel über den schlechten Besuch auszusprechen. Der Vorwurf lohnt eben an die unrichtige Adresse, an die, die ihn in keiner Weise verdienen. Hier mag er die richtigen Schuldigen erreichen, die Säumigen, die sich um eine Fülle von Freude und Anregung bringen, durch eine Trägheit, die das Reue schreit. Ihnen allen rufen wir zu: Kommt alle, kommt, so oft ihr könnt!

2. Man komme pünktlich. Ein Hauptübel des Versammlungswesens ist oft die Schwierigkeit, zur rechten Zeit zu beginnen. Eine sträfliche Nachlässigkeit ist eingerissen, man will allen, die kommen, gerne den ganzen Vortrag bieten, man will auch dem Referenten nicht zumuten, vor leeren Bänken zu beginnen. So zieht sich die Wartezeit hin. Sind die, die sich rechtzeitig einfinden, auf diese Weise öfters durch allzu langes Warten gekränkt, dann machen sie es den andern nach, die ja auch noch eine Stunde später zurecht kommen. Der Referent macht es dann ebenso. Und zum Schlusse klagen alle über die späte Stunde, die da oft ein Hindernis für interessante Diskussionen bildet. Das Mittel gegen diesen Uebelstand ist einfach: Man komme pünktlich.

3. Man halte keine lauten Privatgespräche während dem Vorstandstische aus gesprochen wird. Bei dieser Mahnung denken wir nicht an solche, die die Gelegenheit wahrnehmen, um während des Vortrags Klatsch breitzutreten. Das dieser Unfug nicht in Versammlungen gehört, braucht nicht besonders betont zu werden. Man enthalte sich aber auch der Kritik, besonders der eingehenden, während ein Redner spricht. Jeder, den es treibt, seine Meinung dem Nächstigen mitzuteilen, mag wohl denken: was schaden die paar Worte? Ich spreche so leise; man hört es nicht. Und Hunderte leiser Stimmen zugleich ergeben ein Getöse, ein mächtiges Summen und Surren, das die Aufstrebenden hindert, den Redner zu hören. Dieser, ob Referent, ob Vorsitzender, ob Diskussionsredner, muß die Stimme aufs äußerste anstrengen, um noch einigermaßen durchzubringen. Denn unbewußt erhebt in dem allgemeinen Lärme jeder einzelne die Stimme mehr und mehr, um wenigstens sich selbst zu hören. Ein ahnungsloser Fremder würde glauben, daß dieses Summen ein Widerspruch gegen den Redner sein soll, während es häufig die friedfertigste Sehnsucht bedeutet, seine Zustimmung schnell den Nächstigen bekannt zu geben. Hat jemand etwas zu sagen, so melde er sich zum Worte. Eine lange Rede ist dabei weder nötig noch auch nur erwünscht, eine kurze Anfrage, ein neues Gegenargument, wohl eine zustimmende Ergänzung kann in wenigen Worten gesprochen werden und ist oft von großem Interesse und von Wichtigkeit für den beabsichtigten Erfolg. So sei die Bitte wiederholt: Keine lauten Privatgespräche. Wer etwas zu sagen hat, was alle hören sollen, der rede laut. Wer das nicht will, der schweige und störe nicht die aufmerksam Laufenden.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Adressen-Hendungen.

Sachs. Kassierer: Friedrich Schewcil, Sachsch, Kr. Glas-Brudmühl. Vorsitzender: Joseph Staudinger.
Dümmelngshausen b. Summersbach (neue Zahlstelle im 7. Bau.) Vorsitzender: Wilhelm Schneider, Klein-Bernberg. Kassierer: Otto Lange, Dümmelngshausen.
Zwickau. Vorsitzender: Moriz Köhler, Kömmerstraße 17, I. Kassierer: Ernst Strung, Reinsdorf 90. Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt im Restaurant Brauerschloß, Schloßstraße.
Breslau I. Vorsitzender: Robert Müller, Michaelisstr. 21. **Gochsper.** Vorsitzender: Peter Niederberger, Münchhofstraße. Kassierer: Jakob Bauer, Hauptstraße.
Wittenberg. Vorsitzender: Ernst Korbien, Piesferg bei Wittenberg, Triftstraße 45.
Niederlamsitz. Vorsitzender: Wolfgang Sntichtel.
Godenau-Neudorf. Vorsitzender: Emil Leonhardt. (Der bisherige Vorsitzende, Kollege Quatember, wurde wegen Flugblattverbreitung bei der Reichstagswahl, weil Ausländer, ausgewiesen.)
Geppenheim. Vorsitzender: Martin Graber, Friedrichstr. 18. Kassierer: Franz Hildebrandt, Mühlstraße 9. Reiseunterstützung wird von Jakob Schmitt, Wilhelmstr. 49, von mittags 12 bis 1 Uhr und abends von 7 bis 8 Uhr ausgezahlt.
Essen. Vorsitzender: Karl Jello, Wilhelmstr. 15. Kassierer: Franz Spicker, Engelbrechtstr. 38.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 21. bis mit 26. Januar 1907. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)
Schleswig. B. 5.—; Kellingshufen, B. 6.70; Alttau, B. 3.05; Berlin II, B. 4.60.—, E. 8.—, M. 18.—; Semsbach, B. 36.96; Meißner II, B. 42.—, E. 28.50, M. 8.30, K. 20.—; Mühlheim a. R., B. 85.10, E. 3.50; Ober-Mörlen, B. 92.—, M. 0.80, K. 10.—; Reinheim, B. 188.—; Seeburg, B. 39.10, K. 2.90; Odensteden, B. 105.42, E. 1.50, K. 5.10; Plagwitz-Söwenberg, B. 115.—, E. 5.—, K. 16.—; Ober-Beilau, B. 169.26, E. 3.50, K. 0.70; Ottenhöfen,

E. 18.—; Rühberg, B. 38.—, M. 0.30; Gasserode, B. 460.—, K. 20.—; Neufelms, B. 6.60; Merseburg, B. 4.80; Paderborn, B. 12.75; Bomber, B. 4.95; Garburg, B. 20.55; Foubay, B. 5.—; Grawinkel, K. 20.—; Leipzig (Leber), K. 0.50; Heide, B. 2.80; Birkenau, B. 29.40, K. 1.95; Dümmelngshausen, B. 5.82, E. 7.—; Gierbach, B. 3.80, E. 2.50, K. 8.40; Neufkirchen-Mehlingen, B. 28.56, E. 0.50, K. 17.40; Sedmauern, B. 129.36, E. 0.50, M. 0.30, K. 20.—; Erler, B. 55.20, K. 1.—; Gierstleben, Ab. 0.90; Breslau, Ab. 0.90; Sindlar, Ins. 6.—; Treuen, B. 36.—, M. 0.30, K. 10.—; Bürgsburg, B. 24.84, E. 2.50, M. 2.90, K. 26.60; Mühlberg, B. 10.50, E. 0.50, K. 5.—; Sangerhausen, B. 0.70.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Briefkasten.

Nördlingen, Steinmetz. Das Eingeladene ist keine Berichtigung auf die Korrespondenz in Nr. 3. Derartige Besichtigungen werden an Ort und Stelle angebracht und nicht im Steinarbeiter. — **Breslau.** Unausgefordert hat die Anmeldung am Jahreschluss nicht zu erfolgen. — **Essen.** Der Bericht war hoch zu unbedeutend. — **Neudorf, S.** Das S. freiwillig aus dem Verbanne ausgetreten ist, publizieren wir nicht. — **Gerbach.** Bericht war veraltet. Wir müssen auf pünktliche Berichterstattung bringen. — **Nehau.** Die gestellte Frage ist unklar, wir können sie deshalb nicht beantworten. — **Kiel.** Berichtigung kommt in nächster Nummer. Darum wurde eine Wiberlegung nicht sofort eingeleitet? Ueberdies sollen Berichtigungen kurz und präzis sein.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Zahlstelle Bensheim.

Sonntag, den 10. Februar, abends 7 Uhr
Erstes Stiftungsfest
verbunden mit Ball.

Hierzu laden wir alle Steinarbeiter der Bergstraße und des vorderen Oberrheins höflichst ein.
Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Bensheim.

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Jadett, Hosen

Emil Keidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.

Prima Stahl für härteste Granite

pro 100 kg M. 62.—, empfiehlt unter Garantie
Ernst Fritzsche, Kiel.

Steinhauer u. Hand Schleifer

bei hohen Akkordlöhnen für dauernde Arbeit auf schwedischen Granite stellen ein
Granit- u. Syenitwerke Frohmann & Co.
Reinheim i. Hessen.

Mehrere Maschinen- u. Handschleifer

bei gutem Akkord und dauernder Arbeit sofort gesucht.
Karl Heimg, Granitschleiferei
Rostock i. M.

Fester Akkordtarif! Dauernde Arbeit!

20 tücht. Hand- u. Maschinenschleifer

sowie
10 Steinhauer für Profilarbeiten

sucht
Granit- u. Diabaswerk Baumholder
Bahnhofstation Heimbach (Nahe).

Tüchtige Steinbrecher

finden dauernde und lohnende Beschäftigung in den
Seeburger Sandsteinbrüchen von Alfred Hossfeld.
Zu erfragen Gotha, Werkplatz an der Gessanfall.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)
Blauberg. Am 22. Januar starb an der Lungenentzündung unser Kollege **Joseph Bawl** im Alter von 36 Jahren 9 Monaten.
Breslau I. Am 25. Januar verchied nach längerem Leiden unser Kollege **Wilhelm Ostrawsky** im Alter von 36 Jahren an der Berufskrankheit.
Leipzig I. Am 22. Januar starb unser Kollege **Hermann Bielert** im Alter von 68 Jahren.
Birna. Am 26. Januar starb an der Berufskrankheit unser Kollege **Friedrich Mänchen** im Alter von 39 Jahren 7 Monaten.
Sachs. Am 14. Januar starb unser Kollege, der Steinmetz **Ignaz Hacker** im Alter von 42 Jahren an der Berufskrankheit.
Wenig-Radwig. Am 19. Januar starb an der Berufskrankheit unser Kollege **Ernst Wirth** im Alter von 42 Jahren 4 Monaten 19 Tagen.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: H. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Entwicklung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen.

Wie sich aus dem vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften veröffentlichten Geschäftsbericht für 1905 ergibt, haben die christlichen Gewerkschaften nicht unbeträchtliche Fortschritte gemacht. Am 1. April 1906 zählten sie 293 238 Mitglieder; ihre Gesamteinnahme betrug 2 674 100 Mk., ihre Gesamtausgabe 2 243 554 Mk. Das Reich sagt dazu: „Heute beträgt die Mitgliederzahl, insbesondere infolge der starken Fortschritte im Saarrevier, über 300 000.“ Der Durchschnitt des Jahres 1905 betrug 265 032 Mitglieder gegen 207 484 im Jahre 1904. Der Zuwachs entfiel nur auf die dem Gesamtverbande angeschlossenen Verbände, deren Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1905 betrug: 188 106 gegen 107 556 des Vorjahres. Am 1. April 1906 zählten die christlichen Verbände der Bergarbeiter 70 114 Mitglieder, der Textilarbeiter 31 837, der Bauhandwerker 25 763, der Bayerischen Eisenbahner 21 000, der Metallarbeiter 19 422, der Hilfs- und Transportarbeiter 12 967, der Holzarbeiter 10 205, der keramischen Arbeiter 5 021, der Tabakarbeiter 4 618, der Heimarbeiterinnen 3 349, der Schneider 2 953, der Schuhmacher und Lederarbeiter 2 760, der Maler und Anstreicher 2 380, der graphischen Gewerbe 1 300, der Gärtner 820, der Fleischer 468, der Krankenpfleger 457, der Bäcker 450. Dazu wollen die Freunde und Förderer der christlichen Gewerkschaften noch jene Verbände gerechnet wissen, die sich dem Verbände nicht angeschlossen haben, deren Programm aber von ihnen gebilligt wird. Diese Verbände zählen etwa 78 000 Mitglieder.

Im Jahre 1905 entfallen auf die einzelnen Einnahme- und Ausgabearten: Aufnahmegebühren 397 36 Mk., Beiträge 1 760 242 Mk., Extrabeiträge 524 954 Mk. und sonstige Einnahmen 114 123 Mk. Veranschlagt wurden für Verbandsorgan 205 155 Mk., Streit- und Gemaßregelungs-Unterstützung 1 000 320 Mk., Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung 13 578 Mk., Sterbegeld 39 933 Mk., sonstige Unterstützungen 114 140 Mk., Rechtschutz 45 457 Mk., Agitation 161 395 Mk., Gehälter 52 423 Mk., Verwaltungsausgaben 91 976 Mk. usw. Die hohe Streitunterstützung wurde zum Teil durch den großen Ruhrbergarbeiterstreik verursacht. Der Beitrag beläuft sich bei einem Verbände auf 50 Pfg. wöchentlich, bei zwei Verbänden auf 40 Pfg., bei einem Verbände auf 25—30 Pfg., bei einem Verbände auf 35—50 Pfg., bei einem Verbände auf 20—40 Pfg., bei zwei Verbänden auf 35 Pfg., bei vier Verbänden auf 30 Pfg. usw. Nur die bayerischen Eisenbahner, Krankenpfleger und Heimarbeiterinnen erheben Monatsbeiträge.

Ein der christlichen Gewerkschaftsbewegung geneigtes Blatt rühmt die Opferwilligkeit der Gewerkschaftsmitglieder, welche ebenso hohe Beiträge wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftler zahlen. Sie hätten den Wink der sozialdemokratischen Gewerkschaftskorrespondenz, welcher besagte, daß die Verhältnisse auch die Mitglieder der nichtsozialistischen Gewerkschaften in Lohnkämpfe hineinzureißen, und daß sie, die freien Gewerkschaftler, hierfür schon sorgen würden, verstanden und vorgebaut. Mit einem Wort: die christlichen Gewerkschaftler im Schlepplau der sozialdemokratischen! Auf uns macht die Aufzählung keinen erfreulichen Eindruck, fügt dem die Deutsche Arbeiterzeitung hinzu und jammert: „Fast die Hälfte der Einnahmen ist zu Streitunterstützungen verwandt. Wie gering erscheinen dagegen die für Sterbegelder, Reise- und Arbeitslosen-Unterstützungen und sonstige Wohlfahrtszwecke verwandten Summen!“ Die Tatsache, daß von 614 Bewegungen, an welchen die christlichen Gewerkschaften beteiligt waren, 316, also 52 Prozent,

auf friedlichem Wege beigelegt worden sind, ist auch kein so erfreulicher Erfolg, wie das Blatt meint. An den verschiedenen Bewegungen waren 106 619 Gewerkschaftler beteiligt, an den friedlichen Vereinbarungen 26 017 und an 298 Bewegungen, die zu Streiks führten, nahmen nicht weniger als 80 602 Gewerkschaftler teil, davon 60 000 an dem Streik der Bergleute im Ruhrrevier.

Von den Verbänden der Staatsbediensteten hat sich der Verband der bayerischen Eisenbahner dem Gesamtverband im letzten Jahre angeschlossen. Für die Staatsbediensteten, welche auf ein Streikrecht verzichtet hätten, empfehle die gewerkschaftliche Taktik, so meint der Geschäftsbericht, eine sachgemäße parlamentarische Vertretung in den Landtagen. Solange aber die Staatsbediensteten sich nicht an den Gesamtverband angeschlossen und für die Gesamtbewegung einige Opfer gebracht hätten, könnten sie von den christlich organisierten Arbeitern der Privatindustrie nicht verlangen, daß diese ihnen zu einer Vertretung in den Landtagen die Hand reichen. Einem einzelnen Berufsverband, dessen Mitglieder den verschiedenen politischen Parteien angehörten und in allen Wahlfreien zerstreut wohnten, dürfte keine Partei ein Mandat abzugeben gewillt sein.

Für einen Wink mit dem Jaunpfaß erklärt das Deutsche Arbeitgeber-Zeitung und fährt fort: „Es nimmt nicht wunder, daß auch die christlichen Verbände nicht die materiellen Erfolge ordnungsgemäß buchen, und nur behaupten, durch ihre Tätigkeit hätten die Arbeiter im Jahre 2 1/2 bis 3 Millionen an Lohnerhöhungen usw. gewonnen. Wenn man demgegenüber den durch Streiks und Aussperrungen entstandenen Lohnausfall und die großen Beitragssummen stellt, dürfte der Gewinn nicht so schrecklich groß sein.“

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sind von 111 809 Mitgliedern im Vorjahre auf 117 097 gestiegen. Das Gesamtvermögen der Gewerkschaften betrug 3 497 069 Mk., hier von kommen 1 394 996 Mk. auf die Gewerkschaftskasse, 1 279 028 Mk. auf die Krankens- und Begräbniskasse und 83 045 Mk. auf eine Extrabegräbniskasse. Die Einnahmen der Gewerkschaften betragen 1905: 1 336 650 Mk. gegen 1 069 735 Mk. im Jahre 1904. Die Ausgaben betragen 1905: 1 220 178 Mk. gegen 1 035 758 Mk. im Vorjahre. Die Gewerkschaften der Maschinenbau- und Metallarbeiter zählen jetzt 49 516 Mitglieder; 14 614 Mitglieder zählen die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften der Kaufleute, 19 598 die der Fabrik- und Handarbeiter.

Wie sehr die Jugenderziehung der bürgerlichen Gesellschaft

versagt, das zeigt am besten die Statistik über die Kriminalität der Jugendlichen. Hatte sie im Jahre 1904 einen, wenn auch nicht besonders erheblichen Rückgang aufzuweisen, so ist die Straffälligkeit im Jahre 1905 wiederum in die Höhe gegangen. Nach der amtlichen Statistik sind im Jahre 1905 wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze 51 232 Personen unter 18 Jahren verurteilt worden, gegen 49 993 im Jahre 1904. Sehr stark beteiligt sind die Jugendlichen am Diebstahl. Es sind wegen einfachen Diebstahls 20 673 (1904 20 038) und wegen schweren Diebstahls 4366 (3924) Jugendliche verurteilt, d. i. zusammen also 48,9 (40,0) vom Hundert aller überhaupt verurteilten Jugendlichen. Von allen wegen einfachen Diebstahls verurteilten Personen waren 23,9 (1904 24,0) vom Hundert jugendlich, von allen wegen schweren Diebstahls verurteilten sogar 31,9 (29,8) vom Hundert. Auch bei

einzelnen Sittlichkeitsverbrechen beträgt der Anteil der Jugendlichen 20 bis über 30 vom Hundert. Bei der vorzüglichen Brandstiftung steigt er bis auf 31,1 vom Hundert. Ueber die Vorbestrafungen Jugendlicher erfahren wir nur bei einigen Delikten etwas. Unter den wegen Diebstahls Verurteilten waren nur 2,83 vom Hundert vorbestraft, gegen 3,06 im Jahre 1904, 3,28 im Jahre 1903 und 3,38 im Jahre 1902, so daß ein starker Rückgang stattgefunden hat, der im wesentlichen darauf zurückzuführen sein dürfte, daß ein großer Teil der bestraften Jugendlichen jetzt in Zwangserziehung gebracht wird. Denn so lange die jugendlichen „Rechtsbrecher“ sich innerhalb der Anstaltsmauern befinden, ist ihnen natürlich die Gelegenheit zu fehlen so gut wie genommen, zu gleicher Zeit aber auch der Anlaß zum Diebstahl, denn in der Anstalt brauchen diese elendesten unter allen Kindern wenigstens nicht zu hungern. Und der Hunger, überhaupt die ganzen sozialen Verhältnisse, sind doch der letzte Grund für die Kriminalität der Jugendlichen. Oder warum überwiegen denn sonst die durch den Hunger erzeugten Eigentumsvergehen und die auf den erbärmlichen Wohnungsverhältnissen aufwuchernden Sittlichkeitsvergehen? Was immer die heutige Gesellschaft für Mittel erfinden mag, der angeblich „zunehmenden Verrohung der Jugend“ entgegenzutreten, harte Strafen, Zwangserziehung und andre Radikalmittel, sie haben alle gezeigt, daß es mit ihnen nicht möglich ist, sie zu befechtigen. Die Kriminalität der Jugendlichen ist und bleibt nun einmal ein Symptom der sozialen Zustände der heutigen Gesellschaftsordnung, und sie werden daher nur durch eine Besserung oder Venderung dieser sozialen Zustände bekämpft werden können. Unse bürgerlichen „Pädagogen“ vom Schläge der Dertel und Konforter wollen das natürlich nicht wahr haben, denn sonst müßte sich ihnen gar bald die Erkenntnis vom Bankrott der heutigen Gesellschaft erschließen.

Internationaler Arbeitsmarkt.

Die Hochkonjunktur am Weltmarkt dauerte auch im Dezember 1906 fort. Die Lage des internationalen Arbeitsmarkts wies ein selten günstiges Gepräge auf; nicht nur weil die Arbeitslosigkeit im allgemeinen niedriger war als im Vorjahre, sondern weil in einigen der wichtigsten Industrieländer, in Deutschland, Frankreich und Amerika, der seltene Fall eintrat, daß die Beschäftigungsgelegenheit von November auf Dezember eine Zunahme erfuhr. Das einzige wichtige Land, in dem das Bild des Arbeitsmarkts die regelmäßige Verschlechterung gegenüber November zeigte, ist England. Hier ging die Arbeitslosigkeit von 4,5 Prozent im November auf 4,9 Prozent im Dezember hinauf. Im Vorjahre war die Verschlechterung etwas geringer gewesen, damals waren im November 4,7, im Dezember auch nur 4,9 Prozent arbeitslos. Diese Abschwächung am Arbeitsmarkte ist hauptsächlich auf die gänzliche Unterbrechung der Bautätigkeit zurückzuführen, die, obgleich auch in der Hochsaison sehr unbefriedigend, dem Arbeitsmarkt doch immerhin einen großen Teil des Andrangs entzogen hatte. Im Gegenfag zum Baugewerbe war der Kohlenbergbau äußerst befriedigend beschäftigt; die zunehmende Nachfrage nach Hausbrandkohle, verbunden mit dem stetig lebhaften Rohbedarf der Eisenindustrie, bewirkten eine Steigerung des Beschäftigungsgrads. Während im November durchschnittlich an 5,50 Tagen in der Woche gearbeitet wurde und im

Der wissbegierige Junge.

(Aus dem Holländischen.)

Vater, was sind das für Gebäude?
Das ist eine Ziegelei, mein Junge.
Wem gehört sie, Vater?
Mir, Kind.
Gehören alle die großen Haufen Ziegel dir, Vater?
Ja, jeder Stein ist mein Eigentum.
Ach, wird es lange gebaut haben, bis man all diese Steine formte. Hast du sie allein gemacht?
Nein, die Männer, die dort arbeiten, haben die Steine für mich gemacht.
Gehören dir auch die Männer?
Nein, Junge, das sind freie Arbeiter! Niemand kann andre Menschen zum Eigentum haben, es sei denn, daß es Silaben wären.
Was ist denn ein Sklave, Vater?
Ein Sklave, Junge, ist ein Mann, der sein ganzes Leben lang für einen andern arbeiten muß und nur Nahrung und auch Kleidung dafür bekommt.
Wenn ein Sklave krank wird, wer bezahlt dann den Arzt?
Den bezahlt der Eigentümer, weil es zu seinem Schaden wäre, wenn der Sklave stirbe.
Warum arbeiten denn die Männer so schwer? Macht es ihnen denn Vergnügen, so schwere Karren zu schieben?
Ich glaube nicht, daß es ihnen Vergnügen macht, wenn sie es aber nicht tun, haben sie nichts zu essen.
Sind die Männer reich, Vater?
Nein, sie sind nicht reich.
Gaben sie auch Pferde und warme Kleider und gehen sie auch an die See, wenn es zu warm wird?
Nein, denn sie müssen viel arbeiten, um leben zu können.
Wie meinst du das, leben können?
Nun, sie müssen arbeiten, um Geld zu verdienen für Essen und Trinken, Kleidung und Wohnung.
Gaben es die Menschen denn besser als Sklaven?
Sicher, mein Junge, es sind freie Menschen, die nicht für mich zu arbeiten brauchen, wenn sie nicht wollen. Sie können davongehen, wenn es ihnen in den Sinn kommt.
Und wenn sie davongehen, brauchen sie dann nicht mehr zu arbeiten?
Ja natürlich, dann müssen sie wieder bei einem andern arbeiten.
Und kriegen sie denn von dem andern mehr als nötig ist, um leben zu können?
Das glaube ich nicht.
Wieso haben es die Menschen denn besser als Sklaven?
Weil sie frei sind und einen eignen Willen haben.
Und wenn sie krank werden, mußt du dann den Arzt bezahlen?
Was geht mich ihre Krankheit an. Sie bezahlen selber den Arzt.
Gibst du ihnen etwas, wenn einer von ihnen dich verläßt?

Nicht das mindeste. Das einzige ist, daß ich dann einen andern an seinen Platz stellen muß, und den kann ich bekommen, wenn ich immer will.
Dann brauchst du auch nicht so vorsichtig mit ihm umzugehen, wie wenn er dein Sklave wäre?
Nein, das ist auch so.
Erzähle mir eins, Vater; warum ist es besser für die Menschen, daß sie frei sind?
Frage doch nicht so einfältig, Kind.
Woraus werden die Steine gemacht, Vater?
Aus Lehm, mein Kind.
Hast du den Lehm gemacht?
Nein, das hat Gott getan.
Hat Gott es für dich getan?
Nein, ich habe den Lehm gekauft.
Von Gott?
Nein, von einem Herrn.
Hat der Herr ihn von Gott gekauft?
Natürlich nicht; er wird ihn auch von einem andern gekauft haben, denke ich.
Hat der erste Mann, von dem der Lehm gekauft wurde, ihn von Gott gekauft?
Nein, das glaube ich nicht.
Wie kam er aber in seinen Besitz?
Ich denke, er hat ihn sich angeeignet!
Und wenn nun die Arbeiter sich den Lehm aneigneten, so würde er wohl ihr Eigentum werden?
Laß mich in Ruhe mit deinen einfältigen Fragen!
Wenn du nicht die ganze Ziegelei mit all den Gebäuden und Maschinen hättest, wie würdest du dann leben können?
Nun, dann würde ich eben arbeiten müssen.
Auch Ziegel formen?
Wahrscheinlich.
Wie würde es dir gefallen, wenn du nur Essen und Trinken für das Ziegelmachen kriegtest und der Mann, der sich den Lehm angeeignet hat, alles andre erhielt?
Ich würde nicht danach gefragt werden, wie es mir gefiele. Arme Menschen müssen nun einmal für andre arbeiten, um leben zu können.
Wenn die Ziegelei den Männern gehörte, würden sie dann auch für dich arbeiten?
Wahrscheinlich nicht; ich denke, sie würden dann für sich selber arbeiten.
Findest du es nicht prächtig, daß der erste Herr sich den Lehm angeeignet und ihn an dich verkauft hat?
Wieso?
Wenn der Herr es nicht getan hätte, dann hätte wahrscheinlich einer der Arbeiter den Lehm gekauft, und dann müßtest du für ihn gegen Kost und Kleidung arbeiten.
Darum müßt ihr der Vorsehung dankbar sein für ihre Güte, daß sie euch einen Vater gegeben hat, der ohne zu arbeiten für euch sorgen kann.
Vater, müssen die Jungen der Arbeiter auch der Vorsehung dankbar sein?

Ja, gewiß.
Warum, Vater?
Weil ihre Väter Arbeit haben.
Ist denn Arbeit eine Wohlthat?
Gewiß ist sie für die Menschen eine Wohlthat.
Warum arbeitest du denn nicht, Vater? Niemand kann dir doch verbieten, Ziegel zu formen?
Nein, aber ich will niemand seine Arbeit nehmen. Wenn ich arbeiten ginge, müßte natürlich ein andrer Mann seine Entlassung kriegen, weil dann für ihn keine Arbeit mehr wäre.
Das ist lieb von dir, Vater. Denkst du, daß der Mann böse sein würde, wenn du an seiner Stelle die schwere Karre fort-schieben müßtest?
O heilige Einfalt, Herren schieben niemals Karren.
Was sind denn Herren?
Nun, Herren sind die Menschen, die nicht zu arbeiten brauchen, die höher stehen.
Ich glaubte, daß es in unserm Lande keine Höherstehenden gäbe. Ich hörte jemand sagen, daß alle Menschen gleich sind.
Wer das sagte, war gewiß ein Sozialist.
Sage, Vater, ist die Lehrerin der Sonntagschule denn ein Sozialist? Sie sagte, daß wir alle Gottes Kinder wären.
Ja, das lehrt man in den Kirchen und in den Sonntagschulen.
Aber, Vater, nun sage mir eins ehrlich: sind die Arbeiter ebenso Gottes Kinder wie wir?
Gewiß, Junge, sind sie das.
Vater, weißt du noch, daß du einmal einenbeutel Marmor für mich und Harry mitbrachtest, und daß ich alle die Marmor nahm, auch Harry seine, um damit zu spielen, und daß ich sie ihm nicht geben wollte, bevor er mir seinen neuen Blumentopf gebe? Du sagtest dann, daß ich ein unartiger Junge wäre, und ich kriegte Schläge von dir.
Ja, daß weiß ich noch.
War es recht, mich zu schlagen?
Sicher war es recht. Eltern haben das Recht, ihre Kinder zu strafen, um zu verhüten, daß sie schlecht werden. Die Marmor brachte ich für euch beide mit. Harry hatte darauf ebensoviel Anrecht wie du.
Vater, wenn die Arbeiter so gute Gotteskinder sind wie du, so bist du ja ihr Bruder, und sie sind deine Brüder. Und wenn du sie bringst, dir heinnehme alle Steine zu geben und du so einen Gebrauch von dem Lehm machst, den du nicht gemacht hast, und der dir nicht zusteht, ist das nicht dasselbe, was ich mit Harry tat? Er sollte mir seinen neuen Blumentopf geben, wofür ich ihn mit den Marmor spielen lassen wollte.
Ach, Junge, stelle doch nicht solche dumme Fragen!
Sag, Vater, ist dir nicht angst, daß Gott dich auch unartig finden und dich strafen könnte, weil du allen Lehm, alle Pferde, alle Gebäude, alle Maschinen allein behalten willst?
Es ist aber rein zum Auswachsen mit deinen Fragen. Marie, bring den Jungen zu Bett. Er kann einen Menschen noch betrückt machen mit seinem Gepapp.

Dezember 1905 gar nur an 5,39, betrug die Zahl der wöchentlichen Arbeitstage im Dezember 1906 5,60. In der Kohlenindustrie war die Beschäftigung nicht ganz so glänzend wie im Bergbau; die Abchwächung, die um Weihnachten herum auf dem internationalen Eisenmarkt zu bemerken war und die wohl in den Festtagen und den Zubehörarbeiten ihren Grund hatte, trat in England ziemlich deutlich hervor. War die Zahl der im Betrieb befindlichen Hochöfen auch noch immer höher als im Vorjahre, so ergibt ein Vergleich mit November doch eine Abnahme. Von den weiterverarbeitenden Industrien war vornehmlich die Schiffbauindustrie wieder flott beschäftigt. Im Textilgewerbe war die Arbeitslosigkeit befriedigend.

Wie günstig die Gesamtlage des Arbeitsmarktes in England trotz der Abchwächung noch war, geht daraus hervor, daß die Arbeitslöhne eine steigende Richtung aufwiesen. Das Resultat aller gemeldeten Lohnveränderungen im Dezember war eine Steigerung um 8387 Pfund Sterling pro Woche bei 129 373 Arbeitern, während der Dezember 1905 nur eine solche von 659 Pfund Sterling gebracht hatte. Ganz besonders gut war die Lage des Arbeitsmarktes in Frankreich: hatte im Dezember 1905 die Arbeitslosigkeit zugenommen, so ging sie im Dezember 1906, obgleich schon im November sehr niedrig, weiter zurück. Es waren nur 7,8 Prozent arbeitslos gegen 7,9 im November und 10,7 Prozent im Dezember 1905. Fast ausschließlich wurde der Arbeitsmarkt durch die lebhafteste Nachfrage im Bergbau, Eisen- und Textilgewerbe beeinflusst, die einen bisher kaum gekannten Beschäftigungsgrad aufwiesen. Wie stark dieser Einfluß gewesen ist, erhellt daraus, daß trotz der Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft, im Bau- und Bekleidungsgerber die Gesamtlage eine Verbesserung erfuhr. Sowohl im Kohlenbergbau als im Eisengewerbe war der Eingang von Aufträgen so reich, daß die Werke nur unter Aufwand größter Mühe die Abnehmer befriedigen konnten. Vom Textilgewerbe war ganz besonders die Seidenindustrie durchweg lebhaft beschäftigt; in allen Gegenden, vornehmlich in Saint-Etienne und den mechanischen Webereien des Bezirks Lyon, herrschte angespannte Tätigkeit. In Belgien ging die Arbeitslosigkeit von 1,9 Prozent im November auf 2,2 Prozent im Dezember hinauf und stand damit auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre. Es war ebenso wie in England, Deutschland und Frankreich die Montanindustrie, die dem Gepräge des Arbeitsmarktes den Stempel aufdrückte. Ein Beweis für die Gunst in der Eisenindustrie ist die Tatsache, daß in kurzem mit der Anlage neuer Hochöfen im Bezirk von Charleroi begonnen werden soll, um dem Mangel an Roheisen zu steuern. Für die Situation am Koksmarkt ist die voraussichtliche Produktionssteigerung von Roheisen nicht sehr erwünscht, da schon bisher trotz angestrengtester Tätigkeit der Bedarf an Koks nicht gedeckt werden konnte. Im Zenith stand die Konjunktur in den Vereinigten Staaten von Amerika. Der allgemeine Beschäftigungsgrad wies einen so hohen Stand auf, daß kaum noch eine weitere Steigerung zu erwarten ist. Die Wochenleistung der Hochöfen im Dezember mit 515 000 Tonnen zeigt die höchste bisher dagewesene Leistung. Dieser kräftigen Anspannung der Roheisenherzeugung genügte die Rohlenförderung und Koksherstellung nicht, obwohl die Bergarbeiter überaus stark in Anspruch genommen wurden. Gleichmäßig gut war die Beschäftigungsgelegenheit im Textilgewerbe. Bei der allgemeinen Ungunst, die der Arbeitsmarkt in Rußland aufweist, ist jedes auch noch so geringe Anzeichen einer zunehmenden Beschäftigungsgelegenheit hervorzuheben. Vom Aufschwung am internationalen Eisenmarkt begünstigt, beginnt auch in der russischen Eisenindustrie wieder ein etwas regeres Leben; wenn auch von einem vollen Betrieb vorläufig noch nicht gesprochen werden kann, so ist in letzter Zeit doch eine Abnahme der Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern im Eisengewerbe zu beobachten gewesen.

Droht in Amerika eine Krise?

Ueber die Fortdauer der wirtschaftlichen Gunst in Amerika gehen die Ansichten der Sachverständigen recht weit auseinander. Schon, daß gegenwärtig die Frage, ob in Amerika eine Krise bevorsteht, aufgeworfen und in den interessierten Kreisen lebhaft erörtert wird, zeigt, daß gewisse Symptome im Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten von Nordamerika als auf einen Umschwung hindeutend ausgelegt werden. Bei dem großen Einfluß aber, den ein Niedergang der gemerblichen Konjunktur in Amerika auch auf das deutsche Wirtschaftsleben und damit indirekt wieder auf den Arbeitsmarkt ausüben würde, ist es auch für den Arbeiter von Interesse, die Ausichten der wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten etwas kennen zu lernen. Schon im letzten Quartale des Vorjahres machte sich eine bedenkliche Geldknappheit in den Vereinigten Staaten bemerkbar. Nun ist es ja eine regelmäßige Erscheinung, daß das Geldbedürfnis vom Herbst ab in den Vereinigten Staaten viel stärker wächst, als in andern wirtschaftlich vorgeschrittenen Ländern. Der Bedarf der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist nach der Ernte ein ganz ungewöhnlicher und entzieht den Mittelpunkten von Industrie und Handel einen großen Teil ihrer Vorräte. In diesem Jahre, wo der Bedarf nicht nur in der Landwirtschaft wuchs, sondern auch in Industrie und Handel außerordentlich zunahm, treten nicht nur beängstigende Verlegenheiten ein, das Geld verteuerte sich auch in einem Maße, wie wir das in Europa überhaupt nicht kennen. Zweifellos hat nun die Verteuerung des Geldes dazu beigetragen, die wirtschaftliche Situation ungünstig zu beeinflussen. Es trat vor allem eine Zurückhaltung in der Erteilung industrieller Aufträge ein. Ein zweiter Umstand aber, der ein ungünstiges Licht auf die nächste Zukunft wirft, ist die bis jetzt wenig gewinnbringende Verwertung der amerikanischen Ernte für den Export. Die Preise auf dem Weltmarkt entsprechen keineswegs den Erwartungen der amerikanischen Farmer. Unbefriedigende Getreidepreise fallen aber in Amerika für das Gedeihen von Industrie und Handel ganz anders ins Gewicht, wie z. B. bei uns in Deutschland. Die Aufträge aus der Landwirtschaft bilden einen großen Posten der der Industrie ausfließenden Beschäftigungsgelegenheit. Eine unbefriedigende Verwertung der amerikanischen Ernte bedeutet also einen erheblichen Rückgang der industriellen Bestellungen, für die nicht so leicht Ersatz zu schaffen ist. Mit der Landwirtschaft eng zusammen hängen aber die großen Getreidebahnen, deren Einnahmen sofort von der Ungunst der Getreideverwertung getroffen werden. Ihre Aufträge an die Industrie, die in guten und mittleren

Jahren ganz beträchtlich sind, müßten gleichfalls zurückgehen, wenn die Verwertung des Getreides zu wünschen übrig ließe. Vor allem würde die Eisenindustrie, das Metall- und Maschinengewerbe von dieser befürchteten Ungunst betroffen werden. Diese Befürchtung hat aber in letzter Zeit ganz besonders dadurch an Nahrung gewonnen, daß der amerikanische Eisenmarkt ein sehr unruhiges Gepräge zeigte. Nachdem lange Zeit hindurch die Preise aller Erzeugnisse des Eisengewerbes eine stramm steigende Tendenz aufwiesen, trat am Jahreschluß plötzlich ein überraschendes, wenn auch vorübergehendes Fallen der Preise ein. Dieser jähe Preiswechsel stimmte mit den bisherigen Schilderungen über die Gunst der Lage ganz und gar nicht überein. Endlich beunruhigt in Amerika auch die ungleichmäßige Bewegung von Import und Export. Während der erstere stark ansteigt, hält sich die Ausfuhr einigermaßen stabil. Diese letztere Tatsache braucht indes unfres Erachtens keineswegs ungünstig gedeutet zu werden: der Verbrauch im Inlande hat vielmehr im letzten Jahre so zugenommen, daß das Exportgeschäft eine gewisse Vernachlässigung erfuhr. Allerdings ist Amerika auf die Einnahmen aus dem Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse in so hohem Grade angewiesen, daß die beobachtete Stabilität nicht lange andauern darf. Faßt man nun alle bisher aufgezählten Momente zusammen, so üben sie zusammen zwar noch immer nicht eine Wirkung aus, die zu einer wirtschaftlichen Krise führen müßte, aber sie deuten doch darauf hin, daß der Höhepunkt des Aufschwungs erreicht, wenn nicht gar überschritten ist. Und daß gerade dieser Zeitpunkt im Verlaufe einer Konjunktur der gefährlichste ist, beweisen alle bisherigen Erfahrungen der neueren Wirtschaftsgeschichte. Gerade in Amerika vollzieht sich der Umschwung fast regelmäßig so jäh, daß ein langsames Abebben der angelegenen Flut nicht eintritt, vielmehr das Einlenken in normalere Bahnen erst nach einem verheerenden Krache erfolgt. Weil man aber diese Erfahrungen hat und weil der Höhepunkt des Aufschwungs überschritten ist, deshalb sind die Befürchtungen wegen der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in Amerika so allgemein, daß sie nicht nur in Amerika selbst, sondern auch im Auslande, namentlich in England und Deutschland, allgemein geteilt werden. Nämlich ein Krach in Amerika, so würde damit vor allem der internationale Eisenmarkt sowohl als auch namentlich der internationale Eisenmarkt in Mitleidenschaft gezogen. Eine Erschütterung dieser beiden Marktgebiete aber würde auch für Deutschland ernste Gefahren heraufbeschwören: die günstige Konjunktur, die sich hauptsächlich auf das Emporblühen des Eisengewerbes stützte, wäre an ihrem Ende angelangt. Die amerikanische Eisenindustrie würde nämlich zunächst versuchen, den Ueberschuß ihrer Erzeugung, den sie nicht mehr auf dem eignen inneren Markt unterbringen könnte, auf den Weltmarkt zu werfen. Das könnte sie aber erfolgreich nur durch einen starken Druck auf die Preise. Dadurch würde ein allgemeines Fallen der Eisenpreise, eine überaus heftige Konkurrenz auf dem Weltmarkt entstehen. Das hochgeschraubte Preisniveau in Deutschland würde in einer Weise zurückgehen, daß dadurch die weiterverarbeitenden Branchen, die noch auf lange Zeit hinaus zu hohen Preisen für ihre Rohstoffe und ihr Halbzeug eingebettet sind, in eine kritische Lage kämen und mit schweren Verlusten arbeiten müßten. Von dem Niedergang im Eisen-, Metall- und Maschinengewerbe würde alsbald auch der Kohlenbergbau getroffen: die Säulen der Hochkonjunktur wären zusammengestürzt und damit würde die Gunst der wirtschaftlichen Konjunktur auf vielen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens sich in einen offenen Niedergang verkehren. Daß ein solcher Umschwung in erster Linie den Arbeitsmarkt mit treffen würde, das braucht nicht erst auseinanderzusetzen zu werden. Wir sagen nun nicht, daß der Umschwung in nächster Zeit schon kommen werde oder kommen müsse. Noch ist die Situation nicht so zugespitzt, daß nicht auch eine weitere günstige oder doch erträgliche Entwicklung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten erfolgen könne. Aber wir wollten doch die Arbeiter zeitlich darauf aufmerksam machen, daß Wolken am wirtschaftlichen Horizonte sind, die sich zu einem schweren Gewitter, das auch über Deutschland sich entladen müßte, zusammenballen können.

Rundschau.

Gewerkschaftliche Fortschritte. Einen glänzenden Aufstieg haben die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1906 genommen. Vor allem ist es der Metallarbeiterverband, der auch diesmal wieder sich am günstigsten entwickelte. Erhöhte sich doch die Auflage der Metallarbeiterzeitung von 265 300 auf 343 200, also um 78 000 Exemplare, und dem dürfte annähernd die Mitgliederzunahme entsprechen. Der Maurerverband vermehrte seine Mitgliederzahl um 25 000, so daß er am Jahreschluß 190 000 Mitglieder hatte; der Holzarbeiterverband dürfte ebenfalls um 25 000 Mitglieder zugenommen haben, die Holzarbeiterzeitung hatte am Jahreschluß 155 000 Abonnenten. Günstig haben sich auch der Textilarbeiterverband und der Fabrikarbeiterverband entwickelt: beide Organisationen haben eine Mitgliederzahl von mehr als 100 000 erreicht, haben also ihre Mitgliederzahl um mindestens 25 000 vermehrt. Der Savenarbeiter hat eine Auflage von 36 000 erreicht, das bedeutet im Jahre 1906 einen Gewinn von rund 12 000 Mitgliedern. Die Brauereiarbeiterzeitung erreichte eine Auflage von 35 000, das wären rund 10 000 Mitglieder Gewinn, der Deutsche Maschinist und Seizer steigerte seine Auflage von 15 000 auf 20 000. Der Gastwirtsgehilfenverband hatte 7400 Mitglieder gegen 5200 Ende 1905, der Bureauangestelltenverband hatte 1200 Mitglieder gegen 703 Ende 1905; die Deutsche Völkerverzeitung erhöhte ihre Auflage um 2500 Exemplare. So wird von allen Seiten über erfreuliche Fortschritte der Gewerkschaften berichtet. Nach Schätzungen des Korrespondenzblatt dürfte die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften am Jahreschluß 1906 nahe an 1 750 000 herangekommen sein. 1 1/4 Millionen organisierte Arbeiter in den Kampfgelehrten, das ist ein Fortschritt, auf den wir mit Befriedigung zurückblicken können!

Eine verdiente Abfuhr wurde dieser Tage seitens des Schöffengerichts Straßburg einem Denunzianten zuteil, der seiner verräterischen Arbeitswilligkeit noch ein extra schönes Mäntelchen umhängen wollte. Ueber ein Sippsgericht in Straßburg war vom Verband die Sperre verhängt worden. Als nun zwei Arbeiter, die der ge-

gebenen Parole folgend, die Arbeit niedergelegt hatten, auf den Arbeitsplatz zurückkamen, um ihr Geschirr abzuholen, sollen sie einen dort weiter arbeitenden Kollegen bedroht haben; so behauptete wenigstens der Arbeitswillige in seiner Denunziation, die er an die Staatsanwaltschaft richtete. Das Schöffengericht Straßburg, vor dem sich die beiden Uebelthäter zu verantworten hatten, kam jedoch zu einer Freisprechung; es folgte dem Verteidiger, der ausführte, der berüchtigte Streikparagrah könne gar nicht in Frage kommen, da die Sperre nicht verhängt worden sei, um günstigere Arbeitsbedingungen zu erzielen, sondern nur, damit alte Verpflichtungen von dem Geschäft erfüllt würden. Außerdem verdiente der denunzierende Arbeiter keinen Glauben. Es wäre gut, wenn alle Gerichte diese Sorte von Denunzianten in der Weise anfassen würden. Es ist doch mehr als unnatürlich, wenn ein Arbeiter gegen seine Kollegen ein ausgesprochenes Klagenetz zu Hilfe ruft!

Krupps Arbeiterwohlfahrt. Ein Hirsch-Dunderjäger Gewerksvereiner schreibt darüber der Berliner Volkszeitung:

„Bei Gelegenheit der Verheiratung von Fräulein Veria Krupp mit dem Herrn Legationsrat v. Wohlenhalbach wurde die Mildtätigkeit des jungen Paars in einem Teil der Presse über den grünen Klee gelobt und gefeiert. Neben den Stiftungen für Wohlfahrtszwecke wurden die Arbeiter der Kruppischen Werke mit Geldgeschenken von 5 bis 10 Mk. bedacht. Diese Art von „Wohltollen“ den Arbeitern gegenüber scheint aber einen Haken zu haben, denn die Arbeiter der Kruppischen Werke sagen jetzt, daß ihnen diese Hochzeitsgeschenke in Form von Lohnkürzungen wieder genommen werden. In der Nähe von Duisburg befindet sich das große Kruppische Werk Friedrich-Alfred-Hütte. Dort sind den Arbeitern an einzelnen Hochöfen 50 Pfg. pro Tag vom bisherigen Lohn abgezogen worden. Auch in der Schienenabfuhr erfolgte eine Lohnreduzierung um volle 20 Proz. Die einmütige Stellungnahme der Arbeiter gegen diese Verschlechterung hat wenigstens erzielt, daß der Wagn auf 10 Proz. statt 20 Proz. ermäßigt wurde. Unter den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen und bei der Tatsache, daß die Kruppischen Werke im vergangenen Jahre einen Reinertrag von mehr als 20 Millionen Mk. gebracht haben, verdient diese Lohnkürzung entschieden die schärfste Beurteilung. Um so schlimmer wirkt sie aber unter dem Gesichtspunkt, daß erst den Arbeitern ein Geldgeschenk verabreicht wird, das kurz darauf wieder in Form von Lohnkürzungen eingezogen wird. Das zeugt von wenig sozialem Verständnis. Allerdings ist anzunehmen, daß der jetzige Leiter der Werke, Herr Krupp v. Wohlenhalbach, von diesen Dingen nichts weiß, und daß die Lohnkürzungen von übereifrigen Beamten, die in falscher Auffassung ihrer Stellung so handelten, vorgenommen worden sind. Aber das ändert nichts an der Tatsache selbst. Es erscheint daher doppelt nötig, diese Dinge in der Öffentlichkeit einer Kritik zu unterziehen. Eine willkommene Wahlparole konnte in jenem Wahlkreise der Sozialdemokratie gar nicht auf den Tisch fliegen; die Folgen werden sich schon zeigen. Die Arbeiter des Werkes führen aber auch bittere Klagen über das Strafsystem. Vom 16. bis 31. Dezember sind am Hochöfen nicht weniger als 85 Arbeiter insgesamt mit 100 Mark bestraft worden. Für die Zeit vom 1. bis 12. Januar betrug die Zahl der Bestraften 21 Arbeiter mit rund 50 Mk. Gewiss muß Ordnung in solch einem großen Betrieb herrschen, das ist nicht anders möglich; daß aber derart harte Geldstrafen dazu führen, die Arbeitsfreudigkeit der Bestraften zu erhöhen, muß bezweifelt werden. Daneben laufen noch zahlreiche andere Beschwerden der Arbeiter, so daß eigentlich von geordneten Zuständen auf der Friedrich-Alfred-Hütte nicht die Rede sein kann. Auf dem Werk ist ein Heilidiener angestellt, der den Verletzten, deren Zahl schon auf Grund der Betriebsgefahr nicht gering ist, die erste Hilfe bei Unfällen erteilen muß. Das Verhalten dieses Heilidieners wird von den Arbeitern scharf kritisiert, weil er den Vorgesetzten herausstreckt und sein Amt nicht so versteht, wie es die Arbeiter erwarten zu dürfen glauben. Auch die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsarbeit werden nicht in genügender Weise beachtet. Bei solchen großen Firmen gelingt es leider auch der Gewerbeinspektion nicht immer, den gesetzlichen Vorschriften Geltung zu verschaffen, das ist hinlänglich bekannt. Die Macht der Großindustriellen geht leider oft viel weiter, als es die Gesetze vorsehen haben. Hier wird es Aufgabe der Arbeiterorganisationen sein, zu versuchen, daß Herr v. Wohlenhalbach von den Zuständen Kenntnis gegeben wird. Das ist freilich außerordentlich schwer. Da sind zu viel Instanzen zu durchlaufen, ehe die Arbeiter oder ihre Vertreter an die zuständige Stelle gelangen können. „Briefe, die ihn nicht erreichten“, haben keine Wirkung. Es ist daher nur der Weg der Öffentlichkeit gangbar.“

Der Bericht sagt genau, ebenso aber auch das angehängte Lamento, das echt hirsch-dunderjäger Couleur ist. Gerade die Gewerksvereiner haben im Verein mit den Christlichen alle Ursache, bei sich Einkehr zu halten. Denn die Zerplitterung der Arbeiterkraft in verschiedene Organisationen ist ihre Schwäche gegenüber dem Großkapital, und aus dieser Schwäche ziehen die Großindustriellen ihren Vorteil. Glücklicherweise ist der Aufschwung der freien Gewerkschaften so stetig und gewaltig, daß die Hirsche und die Christlichen mehr und mehr an Bedeutung verlieren.

Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schide es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze megen Punkte als Komma.
4. Schreibe nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
6. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerschneiden und an die Seite verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belästigung des Redakteurs gestrichen werden muß.
7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Mitteilung der Expedition.

Wiederholt wurde schon darauf verwiesen, Nachbestellungen für den Steinarbeiter Lantens bis Dienstagabend der jeweiligen Woche zu melden. Selber gehen dieselben meistens erst am Mittwoch oder Donnerstag hier ein, wenn die Vorarbeiten der Expedition schon beendet und das Blatt schließlich verpackt ist. Wo die Nachbestellung verspätet eingeht, wird die Nachlieferung der Blätter immer bis zur nächsten Woche zurückgestellt, denn durch die Bequemlichkeit vieler Kollegen muß mit der Expedition immer von neuem begonnen werden. Auf eventuelle Reklamationen werden wir gar nichts erwidern, denn wer seine Nachbestellung frühzeitig hier meldet, erhält auch die gewünschte Anzahl von Zeitungen.